Mittag-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 16.) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Breslau b. Emil Kabath.

# Posener Zeitung.

Achtzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien bei G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank".

Nr. 172.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Freitag, 9. März
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1877.

## Amtliches.

**Berlin**, 8. März. Der König hat dem Appell.-Ger.-Rath Mekus zu Marienwerder, dem Kreis-Ger.-Rath von Spießen zu Dülmen im Kreise Coesfeld, und dem Justiz-Rath, Rechtsanwalt und Notar Kühn zu Pyritz den R. Ad.-Or. 3. Kl. mit der Schleife, dem Postverwalter Hartwig zu Konkolewo-Hauland im Kreise Buk den K. Kr.-Or. 4. Kl.; dem Rechtsanwalt und Notar Teichmann in Breslau den Charakter als Justiz-Rath verliehen.

Der im Verwaltungsbezirk der königlichen Eisenbahn-Direktion zu Frankfurt a. M. angestellte königliche Eisenbahn-Baumeister August Friedrich Kirsten ist in gleicher Eigenschaft von Witzenhausen nach Göttingen versetzt. Der Rechtsanwalt und Notar Patzki in Haynau zum Rechtsanwalt bei dem Ober-Tribunal, der Kreisrichter Kottmann in Bochum zum Rechtsanwalt bei dem Kreisger. in Perleberg und zugleich zum Notar im Departem. des Kammerger. mit Anweisung seines Wohnsitzes in Perleberg, und der Ober-Bürgermeister a. D. Boie in Bromberg unter Wiederaufnahme in den Justizdienst zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Thorn und zugleich zum Notar im Departem. des Appell.-Ger. zu Marienwerder, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Thorn, ernannt worden.

## Deutscher Reichstag.

### 5. Sitzung.

**Berlin**, 8. März. 11 Uhr. Am Tische des Bundesrathes Hofmann, von Möller.

Eingegangen sind die Gesetzentwürfe 1) betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsetats für das Jahr vom 1. April 1877 bis 31. März 1878; 2) betreffend den Sitz des Reichsgerichts; 3) betreffend die Aufnahme einer Anleihe zur Durchführung der allgemeinen Kasernirung des Reichsheeres und 4) eine Uebersicht der Entschließungen des Bundesrathes über die Beschlüsse des Reichstages in voriger Session.

Ohne Debatte genehmigt das Haus die Anträge der Abgg. Liebknecht, Blos und Kapell, betreffend die Aufhebung der gegen die Abgg. Bebel, Hasenklever und Liebknecht schwebenden Strafverfahren.

Auf Antrag des Abg. Reichensperger (Krefeld) werden die Abgeordneten v. Benda, Dr. Wehrenpfennig, Kochhann, Duncker, von Levetzow und Wulffshein zu Mitgliedern der Reichsschulden-Kommission per Akklamation gewählt.

Es folgt die erste Berathung der Gesetzentwürfe betreffend die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Reichs und betreffend die Einrichtung und die Befugnisse des Rechnungshofes, welche beide gemeinschaftlich diskutirt werden.

Abg. v. Benda: Die verbündeten Regierungen haben dem Reichstage bereits im Jahre 1873 einen Gesetzentwurf zur Regelung der Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Reichs und in den beiden Sessionen des Jahres 1874 zugleich mit demselben einen neuen Entwurf über den Rechnungshof vorgelegt. Die hierfür gewählte Kommission hat im Jahre 1874 die beiden Entwürfe einer außerordentlich eingehenden und sorgsamen Prüfung unterworfen und einen ausführlichen Bericht darüber erstattet. Zu einer Plenarberathung ist das Haus indeß damals nicht gekommen. Es ist nun anzuerkennen, daß in den uns heute vorliegenden Entwürfen die Reichsregierung den Wünschen und Vorschlägen der Kommission vom Jahre 1874 in vielen Punkten entgegengekommen ist und zwar dergestalt, daß der Gesetzentwurf, betreffend die Einnahmen und Ausgaben in 34 von 39 Paragraphen mit den Vorschlägen der damaligen Komission indentisch ist. Es handelt sich gegenwärtig nur noch um 7 bis 8 Differenzpunkte, von denen aber nur 4 als die wichtigsten zu ernsten Auseinandersetzungen mit der Reichsregierung Anlaß geben können, während über die übrigen voraussichtlich ohne Weiteres eine Verständigung sich wird herbeiführen lassen. Diese 4 Hauptdifferenzpunkte, an die ich eine eingehende Kritik heute nicht knüpfen will, sind folgende: 1) Während früher von Seiten der Regierung der Begriff der Etatsüberschreitung lediglich auf Ausgabefonds angewendet wurde, ist im § 10 des Gesetzes vom 20. Mai 1873 auch über die nachträgliche Genehmigung von Ueberschreitungen solcher Einnahme-Etats Bestimmung getroffen, in denen Erlöse aus der Veräußerung von Grundstücken oder sonstigen im Besitz einer Reichsverwaltung befindlichen Gegenständen zum Ansatz gebracht sind. Gestützt hierauf hat die Kommission die etatsrechtliche Anschauung zum Ausdruck gebracht, daß der Begriff der Etatsüberschreitung zu verallgemeinern und auf alle Mehreinnahmen gegen die einzelnen Kapitel und Titel des Reichshaushaltsetats und gegen die vom Reichstage genehmigten Titel des Spezialetats auszudehnen sei. Die Regierung bestreitet dieses Recht. 2) Nahm die Kommission an, es müßten bei solchen Rechnungsdefekten, welche auf Etatsüberschreitungen ohne Anordnung höherer Reichsbehörden oder aber in Folge einer strafbaren Handlung der Beamten entstanden sind, das Recht der Niederschlagung durch eine justifizirende allerhöchste Ordre ausgeschlossen werden, während die Regierung diese Auffassung als einen Eingriff in die allerhöchsten Prärogative erklärte. 3) Erklärte es die Kommission für unstatthaft, daß Ersparnisse aus vakanten Gehältern zu Stellvertretungskosten oder Remunerationen verwendet werden dürften. Es ist diese Verwendung bekanntlich eine preußische Eigenthümlichkeit, die noch in der letzten preußischen Abgeordnetenhaussession zu lebhaften Debatten und Beschwerden Anlaß gab. Der vierte Punkt endlich betrifft die Uebertragbarkeit der Baufonds. Die Regierung will die Uebertragbarkeit der Baufonds in den einmaligen Ausgaben bis in das dritte Etatsjahr ausdehnen, während die Kommission die Baufonds nur auf das nächste Jahr übertragen will und außerdem vorschlägt, daß alle diejenigen Baukredite, welche 100,000 Mk. übersteigen, durch besondere Titel unter den einmaligen Ausgaben liquidirt werden müssen. Ich bin überzeugt, daß die Schwierigkeiten, die sich aus diesen Hauptdifferenzpunkten ergeben, bei allseitigem guten Willen nicht unüberwindbar sein werden, und von der absoluten Nothwendigkeit durchdrungen, diese hochwichtigen Gesetze in dieser Session endlich zu Stande zu bringen, kann ich der Regierung nur dringend an's Herz legen, soviel an ihr liegt, dazu beizutragen, daß dies Resultat erreicht werde. Was die geschäftliche Behandlung der Entwürfe betrifft, so halte ich diesmal eine kommissarische Prüfung für nicht nothwendig, empfehle vielmehr nur den sorgsam ausgearbeiteten Bericht der Kommission vom Jahre 1874 für die Mitglieder neu abdrucken zu lassen, im Uebrigen aber die Vorlagen im Plenum durchzuberathen.

Abg. Richter (Hagen): Auf die größere oder geringere Zahl der einzelnen Differenzpunkte kommt es, denke ich, weniger an als auf die relative Wichtigkeit derselben. Die Regierung hat die unwesentlichen Abänderungsvorschläge der Kommission vom Jahre 1874 allerdings akzeptirt; aber gerade die prinziellen Aenderungen zurückgewiesen und in den wichtigsten Paragraphen ihren früheren Standtpunkt aufrecht erhalten. So ist z. B. außer den vom Vorredner angeführten auch der Differenzpunkt über die Zulässigkeit übertragbarer Fonds stehen geblieben. Ebenso der besonders bedeutsame Punkt, daß die Regierung es abgelehnt hat, die so wichtige, in allen gewerblichen Verhältnisse eingreifende Frage der Steuerkredite gesetzlich zu regeln. Bei mir sind leider die Aussichten auf ein Zustandekommen dieser Gesetzentwürfen durchaus nicht so groß wie bei dem Vorredner, da ich annehme, daß das Haus unverrückt auf dem Standpunkte stehen bleiben wird, den die Kommission im Jahre 1874 einnahm. Der Bericht dieser Kommission läßt aber deutlich erkennen, daß die Kommissionsvorschläge keineswegs etwa radikale Abänderungen der Regierungsvorlage, sondern ein Kompromiß darstellen, in welchem man im Interesse des Zustandekommens der Gesetze bereits bis an die äußerste Grenze des Entgegenkommens gegangen war. Es fällt dem gegenüber um so schwerer ins Gewicht, daß in etwa 10 hochwichtigen Punkten die Regierung auf ihrem damaligen Standpunkt noch beharrt. Der Vorredner hat die Stellung des Reichstages nicht sehr dadurch erleichtert, daß er die Nothwendigkeit, dieses Gesetz zu Stande zu bringen, so außerordentlich betonte. Ich finde die taktische Position des Reichstages dem Gesetzentwurf gegenüber nicht so schwach, wie es nach den Ausführungen des Vorredners scheinen möchte, dieselbe ist vielmehr seit der letzten Berathung des Gesetzentwurfs viel günstiger geworden. Durch die von dem Abg. Rickert und mir damals ausgegangene Anregung ist eine Spezialbestimmung getroffen worden, wonach der Rechnungshof auch ohne die neuen Gesetze genau diejenige selbstständige Stellung einnimmt, wie die preußische Ober-Rechnungskammer. Alles Wesentliche aus dem Rechnungshofgesetze ist bereits heute thatsächlich in Geltung. Nur hat der Rechnungshof mit der preußischen Oberrechnungskammer jetzt einen Präsidenten gleichsam in Personalunion; der Rechnungshof bildet der Firma nach gewissermaßen nur eine Abtheilung ver preußischen Oberrechnungskammer. Das hat wohl eine gewisse, aber keine allzugroße Bedeutung. Allerdings sind die Verhältnisse des Rechnungshofes noch nicht definitiv geregelt, sondern seine Vollmacht wird nur alljährlich prolongirt. Das stärkt aber unsere taktische Position der Regierung gegenüber, denn wir können auch ohne ein definitives Gesetz bei der jährlichen Prolongation der Vollmacht uns geeignet erscheinende Bestimmungen treffen, wie dies bereits faktisch geschehen ist. Die Schwierigkeit liegt also nicht in dem Gesetz über den Rechnungshof, auf das wir eventuell verzichten könnten, über welches wir uns aber leicht verständigen würden, sondern in dem Gesetz über die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Reichs. Beide Gesetze hängen so eng zusammen, daß das eine ohne das andere nicht in Kraft treten kann. Die Wichtigkeit des zweiten Gesetzes erkenne ich zwar an, aber auch ohne dasselbe giebt es einen Weg, das Etatsrecht fortzubilden im Sinne des Gesetzes. Das Etatsrecht ist bisher fortgebildet theils auf Grundlage des Gewohnheitsrechts, theils durch Bestimmungen, die man im Etat selbst von Jahr zu Jahr zur Geltung gebracht hat. Wenn wir das unbestrittene Recht haben, Ausgabepositionen abzulehnen, dann können wir auch den bewilligten eine Klausel hinzufügen, wonach ein Fonds nach Abschluß der Jahresrechnungen in seinen übrigen Theilen nicht mehr disponibel ist für die Bestreitung von Restausgaben. Und ebenso steht es mit der Frage der übertragbaren Fonds. Wir können der Uebertragbarkeit durch Bemerkungen im Etat Schranken setzen. Das Haus hat allerdings bisher von den ihm zustehenden Handhaben bescheidenen Gebrauch gemacht. Das ist aber nicht unsere Schuld, sondern die Schuld einer Mehrheit, deren Vertreter in der Budgetkommission der Abg. v. Benda gewesen ist. (Sehr richtig!) Man hat auf diese Handhaben verzichtet, indem man sich immer auf das in Aussicht stehende Gesetz berief und hat dadurch möglicherweise mit dazu beigetragen, daß die Regierung selbst sich in diesem Gesetzentwurfe so wenig nachgiebig zeigt, als es in der That der Fall ist Ich führe das nur an, um daraus zu folgen, daß wir durchaus nicht in der Lage sind, unter allen Umständen diesen Gesetzentwurf annehmen zu müssen, wenn die Regierung auf ihrem Standpunkte beharrt und nicht ein entschiedenes Entgegenkommen dem Hause gegenüber beweist. Was die formelle Behandlung der Gesetzentwürfe betrifft, so sind wir deshalb jetzt gegen eine Kommission, weil es den Anschein erwecken könnte, als ob wir uns zunächst wieder von dem Entwurf der früheren Kommission zurückdrängen lassen wollten. Eine neue Kommission würde eben so wie die alte zusammengesetzt sein und entweder jenen Bericht nur reproduziren — dann ist sie überflüssig, oder sie wird sich etwas abdingen lassen — und das wollen wir nicht. Am besten wird der Reichstag seinen Standpunkt wahren, wenn er durch Stellung von Amendements in der Plenarberathung die Regierungsvorlage nach dem Kommissionsbericht umändert; doch ist damit nicht ausgeschlossen, daß einzelne Theile später noch der Kommission zur Vorberathung übergeben werden können.

Abg v. Kardorff hält das Zustandekommen des Gesetzes für absolut nothwendig Dem Abg. Richter möge die taktische Stellung des Reichstages immerhin so vortheilhaft erscheinen, um jede Nachgiebigkeit seinerseits für unzweckmäßig zu erklären, jedenfalls sei es äußerst bedenklich, das Etatsrecht nur durch einzelne Bemerkungen im Etat begründen zu wollen. Er und seine politischen Freunde hätten die Absicht, das Gesetz an eine Kommission zu verweisen, fallen lassen, wenn sie sich auch nicht ganz der Meinung des Abg. Richter anschließen könnten, daß der vorjährige Kommissionsbericht die unverrückbar feste Grundlage der Verhandlungen bilden müsse. Daß die Majorität des Hauses noch genau auf denselben Standpunkte stehe, wie im vorigen Reichstag, könne er so wenig, wie der Abg. Richter bestimmt behaupten. Wenn in Aussicht gestellt sei, einzelne Punkte an die Kommission zu verweisen, so sei dieser Vorschlag zu akzeptiren.

Abg. von Maltzahn-Gültz hält das Gesetz ebenfalls für absolut nothwendig; denn die Art, wie augenblicklich das Etatsrecht festgestellt werde, sei doch nur ein unglücklicher und verderblicher Nothbehelf. Die Beschlüsse, die man bei einzelnen Fragen gelegentlich der Etatsberathung fasse, könne man in ihrer allgemeinen Tragweite gar nicht ermessen. Es sei dringend wünschenswerth, die Grundlagen des materiellen Etatsrechtes dieser gelegentlichen Gesetzmacherei zu entziehen. Wenn man eine Verständigung in dieser Session erzielen wolle, so werde es kaum nothwendig sein, das Gesetz an eine Kommission zu verweisen, denn die Differenz beschränkt sich nur auf wenige Punkte prinzipieller Natur die in voriger Session ausführlich genug erörtert seien.

Abg. Dr. Lasker: Ein Gegensatz hat sich in der Debatte eigentlich nicht gezeigt, man hat den Kommissionsbericht aus der vorigen Session im Allgemeinen als Basis angenommen, und es war ja im Grunde genommen auch nur ein Mitglied, welches in voriger Session mit den Beschlüssen der Kommission nicht einverstanden war, der Abg. von Puttkamer-Lyck; sonst herrschte fast Einstimmigkeit. Auch in der Kommission war ausdrücklich ein entgegenkommender Schritt in Betracht gezogen, der aber nicht weiter verfolgt wurde, weil die Regierung ihre Zustimmung nicht in Aussicht stellte, nämlich in Betreff der Etatsüberschreitungen bei den Einnahmen. Man wollte die Einnahmen in solche trennen, die auf sich selbst beruhen und in andere, die mehr von den Willen der Regierung abhängig sind; denn es hat doch keinen Sinn, die Regierung z. B. für Mehreinnahmen bei den Zöllen verantwortlich zu machen. Ich nehme nun an, daß es diesmal die Absicht der Regierung ist, den Willen des Hauses kennen zu lernen; denn bisher handelte es sich nur um Kommissionsvorschläge, nicht um Beschlüsse des Hauses. Nachdem der Reichstag Beschlüsse gefaßt haben wird, wird die Regierung Stellung nehmen. Ich glaube aber kaum, daß von den Kommissionsvorschlägen abzugehen sein wird. Das Zustandekommen des Gesetzes halte auch ich für sehr wichtig. Wenn der Reichstag gelegentliche Bemerkungen zum Etat annimmt, so ist das immer keine feste Grundlage für das Etatsrecht; denn die Mehrheiten setzen sich aus zu verschiedenen Interessen zusammen, so daß es bei den wechselnden Majoritäten sehr leicht vorkommen kann, daß eine Bemerkung fortgelassen wird, die im Vorjahre noch aufgenommen wurde. Bei der Diskussion über die sächsischen Kasernenbauten in Dresden, die man für sehr nützlich hielt und bei denen auch die Stellung der sächsischen Regierung eine durchaus anerkennenswerthe war, wartete beispielsweise die Mehrheit des Reichstages nur darauf, daß aus dem Munde des Vertreters der Regierung der rednerisch geschickte Ausdruck kommen würde, daß man die Bewilligung aussprechen konnte. Der Ausdruck fiel nicht, und die Bewilligung unterblieb. Deshalb ist es vom Standpunkte aller Parteien aus nützlich, die Grundlagen gesetzmäßig festzustellen, und nicht in Etatsbemerkungen auszudrücken. Ich hoffe, daß wir sobald als möglich nach der Etatsberathung die Berathung dieses Gesetzes im Plenum vornehmen werden; sehr amüsant für die Mehrheit werden die Berathungen freilich nicht sein. (Heiterkeit) Ausgeschlossen ist dabei nicht, daß wir einzelne Punkte noch der Budget-Kommission oder einer besonderen Kommission überweisen.

Abg. Richter (Hagen): Ich habe nicht den gegenwärtigen Standpunkt des Reichstages als einen vortheilhaften bezeichnet und nicht gesagt: der Reichstag habe kein Interesse an diesem Gesetze, sondern ausdrücklich das Interesse des Reichstages betont. Ich habe nur den Standpunkt des Abg. von Benda nicht billigen können, weil ich meinte, wir müssen der Regierung von vornherein Entschlossenheit entgegensetzen und einen festen Standpunkt einnehmen. Solche spezielle Fälle, wie der mit den sächsischen Kasernen, kann man in einem derartigen Gesetz gar nicht vorsehen. Auch wenn die Regierung den Kommissionsvorschlägen aus der vorigen Session ihre Zustimmung gegeben, wäre dieser Fall vom Gesetze nicht betroffen worden. Derartige Dinge verschwinden nur, wenn man eine Regierung sich gegenüber hat, die von wirklich konstitutionellem Geiste beseelt ist und das Bestreben hat, der Stellung dieses Hauses in allen Punkten Rechnung zu tragen.

Abg. v. Benda: Ob die Färbung und der Ton meiner Rede oder der Rede des Abg. Richter dem Zustandekommen des Gesetzes förderlicher ist, kann ich wohl ruhig dem Urtheile des Hauses anheim geben. Ich will nur noch berichtigen, daß ich keineswegs mich dafür ausgesprochen habe, daß man den Gesetzentwurf, wie er vorgelegt ist, unter allen Bedingungen annehmen müsse; das wäre aus dem Munde eines Reichstagsabgeordneten eine sehr thörichte Aeußerung.

Damit schließt die erste Berathung; die Verweisung an eine Kommission wird abgelehnt.

Schluß 12¾ Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. (Erste Lesung des Etats in Verbindung mit dem Antrage Richter wegen Aenderung des Gesetzes, betreffend den Invalidenfonds und Rechnungen der Kasse der Oberrechnungskammer.)

## Die preußischen Maigesetze und das königlich sächsische Gesetz vom 23. August 1876.

D.V.C. Das königlich sächsische Gesetz vom 23. August 1876, „die Ausübung des staatlichen Oberaufsichtsrechts über die katholische Kirche im Königreich Sachsen betreffend", hat einen ganz ähnlichen Inhalt wie die preußischen Maigesetze. Gleichwohl wird dasselbe weder in ultramontanen Blättern so scharf kritisirt wie die preußischen Gesetze, noch verlautet etwas davon, daß der apostolische Vikar von Sachsen, Bischof Bernert, der Ausführung des Gesetzes irgendwelchen Widerstand entgegensetze oder daß der Papst zur Nichtbeachtung des Gesetzes aufgefordert habe. In dem bekannten „Archiv für kath. Kirchenrecht" von dem ultramontanen Prof. Vering wird das Gesetz sammt Motiven 2c. abgedruckt mit der Bemerkung: das Gesetz „schließe sich in manchen Einzelnheiten den preußischen Maigesetzen an, in den entscheidenden Punkten halte es aber entweder an dem bisherigen sächsischen Rechte fest oder nehme die österreichischen Maigesetze zum Muster." Das klingt so, als ob das sächsische Gesetz in den entscheidenden Punkten wesentlich „besser" (im Sinne der Ultramontanen) wäre als die preußischen. Es verlohnt sich der Mühe, die beiden Gesetzgebungen mit einander zu vergleichen, um zu sehen, ob die Ultramontanen mit gleicher Elle messen, wenn sie die preußischen Gesetze als durchaus unvereinbar mit den Rechten der katholischen Kirche verdammen, das sächsische Gesetz aber sich ruhig gefallen lassen.

In §§ 1- 5 enthält das sächsische Gesetz u. A. folgende Bestimmungen: „Verordnungen der katholisch-geistlichen Behörden allgemeinen Inhalts sind, wenn sie ausschließlich und allein dem Gebiete der inneren kirchlichen Angelegenheiten angehören, vor der Verkündigung der Staatsregierung vorzulegen; wenn sie ganz oder theilweise, sei es auch nur mittelbar, in staatliche oder bürgerliche Verhältnisse eingreifen, bedürfen sie zu ihrer Verkündigung der landesherrlichen Genehmigung. Daß das Placet ertheilt worden sei, ist in der Verordnung zu bekunden; Verordnungen dieser Art, welche ohne landesherrliche Genehmigung verkündet werden, sind rechtlich unwirksam. Von Erlassen des römischen Stuhles gilt dasselbe wie von den Verordnungen der inländischen katholisch-geistlichen Behörden." Das Placet kennt die preußische Gesetzgebung nicht; in diesem Punkte ist also die sächsische „schlechter" als jene.

§ 6 bestimmt: „Dem König steht es zu, in den katholischen Kirchen Feierlichkeiten und Gebete zu verlangen und, vorbehaltlich der besondern Einrichtungen des katholischen Gottesdienstes, über die Art solcher Feierlichkeiten zu bestimmen.“ Auch in diesem Punkte geht das sächsische Gesetz weiter als die preußischen.

Die von dem Gebrauche kirchlicher Straf- oder Zuchtmittel handelnden §§ 7 ff. sind fast wörtlich aus den preußischen Gesetzen entnommen. Vering hebt als Vorzug des sächsischen Gesetzes nur hervor, daß es nicht wie § 4 des preußischen Gesetzes vom 13. Mai die „öffentliche Bekanntmachung“ der Verhängung der gesetzlich zulässigen Straf- und Zuchtmittel verbietet, giebt aber zu, daß es anderseits als Disziplinarstrafe gegen geistliche Geldstrafen und Einberufung in ein Demeritenhaus überhaupt nicht gestattet, während das preußische Gesetz vom 12. Mai diese nur beschränkt.

Mit besonderem Nachdruck hebt Vering hervor, daß das sächsische Gesetz keine „Entziehung des geistlichen Amtes“ und keine „staatliche Einsetzung in geistliche Aemter“ kenne. Sehen wir, ob die sächsischen Bestimmungen wesentlich „besser“ sind als die preußischen. „§ 13. Ein Geistlicher oder anderer Kirchendiener, welcher rechtskräftig zu Zuchthausstrafe oder dem Verluste der bürgerlichen Ehrenrechte oder dem der öffentlichen Aemter verurtheilt worden ist, ist von der kirchlichen Behörde seines Amtes zu entsetzen. § 14. Außerdem kann die Staatsregierung die Amtsentlassung eines Geistlichen verlangen, wenn sich derselbe wiederholt grober Verletzungen der auf sein Amt bezüglichen Vorschriften der Staatsgesetze oder der auf Grund derselben erlassenen Anordnungen schuldig macht und in dessen Folge sein ferneres Verbleiben im Amte als der öffentlichen Ordnung gefährlich erscheint. Wird diesem Verlangen nicht in angemessener Frist von der katholisch-geistlichen Behörde genügt, so kann die Staatsregierung für alle staatlichen Beziehungen die Stelle für erledigt erklären, was den Verlust des Amtseinkommens von Rechtswegen zur Folge hat.“

Allerdings kennt das sächsische Gesetz keinen „königlichen Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten“; aber von der Errichtung eines solchen und von anderen in Preußen für nöthig erachteten Maßregeln zur Durchführung der Gesetze ist augenscheinlich nur darum Abstand genommen, weil man nach den bisherigen Erfahrungen voraussetzen darf, daß die „katholisch-kirchliche Behörde“ die Bestimmungen des Gesetzes unweigerlich befolgen wird. Uebrigens bestimmt § 34: „Die Staatsregierung ist befugt, wegen Handlungen oder Unterlassungen, welche diesem Gesetze oder den auf Grund desselben von der zuständigen Behörde erlassenen Anordnungen zuwider sind, Geldstrafen in einer den Vermögensverhältnissen angemessenen Höhe als Ordnungsstrafen zu verfügen, sowie sonst zur Durchführung der Vorschriften dieses Gesetzes und von Anordnungen der gedachten Art gesetzlich zulässige Zwangsmittel in Anwendung zu bringen.“ Und die Motive zu diesem § 34 sagen: „Die Bestimmung dieses Paragraphen wird bei den eigenthümlichen Verhältnissen der katholischen Kirche in Sachsen, zumal da der Staat das Vermögen derselben in den Erblanden fast ganz in seiner Verwaltung hat und über das wichtige Präventivmittel des Placet verfügt, vollständig genügen, um die Autorität des Staates bei der Durchführung seines gesetzlichen Willens in jeder Beziehung zu sichern.“ Das Reichsgesetz vom 4. Mai 1874, betreffend die Verhinderung der unbefugten Ausübung von Kirchenämtern, gilt natürlich in Sachsen wie in Preußen. Eine nach ultramontanen Begriffen sehr schlechte Bestimmung, zu welcher die preußischen Gesetze keine Analogie bieten, enthält das sächsische Gesetz in § 17: „Die Räthe des Vikariatsgerichts, mit Ausnahme der aus dem Oberappellationsgerichts zu deputirenden, desgleichen die Mitglieder des katholisch-geistlichen Konsistoriums werden auf Vorschlag des apostolischen Vikars und auf Vortrag der Staatsregierung vom Könige bestätigt. Die Mitglieder und alle übrigen Angestellten der katholisch-geistlichen Behörden haben bei ihrer Anstellung den in § 139 der Verfassungsurkunde vorgeschriebenen Eid zu leisten.“

Die Bestimmungen des sächsischen Gesetzes über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen in § 19 ff. sind den preußischen Bestimmungen in den meisten Punkten gleich: § 21 fordert z. B. die Ablegung der Entlassungsprüfung auf einem deutschen Gymnasium und ein dreijähriges theologisches Studium auf einer deutschen Universität. Eine „besondere wissenschaftliche Prüfung“ fordert allerdings § 22 nur bei solchen Kandidaten, welche „nicht ihre Vorbildung nach § 21 dargethan haben,“ und in diesem Punkte ist also das sächsische Gesetz in der That „besser“ als das preußische.

In dem Berichte der Deputation (Kommission) der 2. Kammer über das Gesetz wird diese Abweichung von dem preußischen Gesetze in folgender Weise gerechtfertigt: „Wollte man auch noch das Bestehen einer besonderen wissenschaftlichen Staatsprüfung fordern, so müßte die betreffende Vorschrift, wie in Preußen, gerechter Weise auf alle christlichen Kirchen ausgedehnt werden, dies würde aber bei den in Sachsen für die evangelisch-lutherische Kirche geltenden Bestimmungen über die Prüfung der Kandidaten der Theologie in keiner Weise nöthig und darum auch kaum gerechtfertigt sein.“

Bezüglich der Ernennung zu einem geistlichen Amte stimmen die §§ 24–26 des sächsischen Gesetzes fast wörtlich mit den §§ 1. 2. 15–17 des preußischen Gesetzes vom 11. Mai 1873: „Jede Ernennung eines geistlichen Amtes, desgleichen jede Ernennung zu einem geistlichen Amte ist (nach § 25) der Staatsregierung von der kath.-geistlichen Behörde des Bezirks sofort anzuzeigen. Erst wenn auf die Anzeige von der Ernennung von der Staatsregierung eröffnet worden ist, daß den Erfordernissen dieses Gesetzes genügt ist, darf die Uebertragung des geistlichen Amtes an den Ernannten geschehen.“ „Zu einem geistlichen Amte darf (nach § 24) nicht berufen werden, wer wegen eines Verbrechens . . . verurtheilt oder in Untersuchung ist“ wörtlich wie § 16, 2 des preußischen Gesetzes); „auch darf die Staatsregierung den zu einem geistlichen Amte Gewählten zurückweisen, wenn wider ihn auf Grund seines bisherigen Verhaltens die Annahme gerechtfertigt ist, daß er den Staatsgesetzen oder den innerhalb ihrer gesetzlichen Zuständigkeit erlassenen Anordnungen der Obrigkeit entgegenwirken oder den öffentlichen Frieden stören werde“ (wie § 19, 3 des preußischen Gesetzes). Diese Vorschriften kommen nach § 26 „zur Anwendung, gleichviel ob das Amt dauernd oder widerruflich übertragen werden oder nur eine Stellvertretung oder Hilfeleistung in demselben stattfinden soll“ (wörtlich wie § 2 des preußischen Gesetzes). Die preußische Bestimmung, daß wenn Gefahr im Verzuge sei, eine Stellvertretung oder Hilfsleistung einstweilen angeordnet werden könne, hat das sächsische Gesetz nicht, dagegen die ausdrückliche Bestimmung, daß „auch einzelne geistliche Amtshandlungen nur von Personen vorgenommen werden dürfen, welche zu einem hierzu ermächtigenden Amte . . . unter Beobachtung des Gesetzes berufen worden sind.“

Andere eigenthümliche Bestimmungen des sächsischen Gesetzes sind noch: § 28. Inhaber eines geistlichen Amtes dürfen Würden, Pfründen, Orden oder Ehrentitel, welche von auswärtigen kirchlichen Obern oder Souverainen verliehen werden, nur mit Genehmigung des Königs annehmen. § 29. Neue geistliche Einrichtungen jeder Art, welche in irgend einer Hinsicht die staatlichen oder bürgerlichen Verhältnisse berühren, dürfen nur mit Genehmigung der Staatsregierung ausgeführt werden.“

Statt des preußischen Gesetzes vom 31. Mai 1875, betr. die geistlichen Orden ꝛc. hat das sächsische Gesetz in den §§ 30–31 folgende, gewiß nicht „bessere“ Bestimmungen: „Mitglieder von Orden oder ordensähnlichen Kongregationen dürfen auch als Einzelne ihre Ordensthätigkeit innerhalb des Königreichs nicht ausüben. Nur reichsangehörige Mitglieder solcher Frauen-Kongregationen, welche innerhalb des deutschen Reichs ihre Niederlassung haben und sich ausschließlich der Kranken- und Kinderpflege widmen, dürfen auch ferner als Einzelne mit Genehmigung und unter Aufsicht der Staatsregierung ihre Ordensthätigkeit im Lande ausüben. Die Genehmigung ist jederzeit widerruflich. Geistliche Bruderschaften, welche mit Orden oder ordensähnlichen Kongregationen in Verbindung stehen, dürfen nicht errichtet werden.

Wenn nach der preuß. Verordnung vom 6 Dez. 1873 die kath. Bischöfe, bevor sie die staatliche Anerkennung erhalten, eidlich geloben müssen, „die Gesetze des Staates gewissenhaft zu beobachten“, so haben nach § 139 der sächsischen Verfassungsurkunde „die Geistlichen aller Konfessionen“ einen Eid abzulegen, der „nächst dem Versprechen der Treue und des Gehorsams gegen den König und die Gesetze des Landes auch auf die Beobachtung der Landesverfassung“ gerichtet ist.

Diese Zusammenstellung zeigt, daß das sächsische Gesetz in den meisten und wesentlichsten Punkten mit den preußischen Gesetzen übereinstimmt, in einigen Punkten allerdings, vom ultramontanen Standpunkte angesehen, „besser“, dafür aber in noch mehr Punkten viel „schlechter“ ist als die preußischen. Bei der Debatte über das Gesetz in der ersten sächsischen Kammer hat außer dem ultramontanen Prinzen Georg namentlich der Bischof Bernert dagegen gesprochen: „Er finde in der Vorlage manche Bestimmungen, welche über die Rechtssphäre des Staates hinausgingen und in das innere Leben der kath. Kirche eingriffen; die freie Religionsübung und das freie Bekenntniß werde durch die Vorlage mehrfach beeinträchtigt und er spreche den Wunsch und die Bitte aus, die Zustimmung zu dem Gesetze zu versagen.“ Das Gesetz ist von beiden Kammern angenommen und von dem (katholischen) Könige bestätigt und promulgirt worden. Der Bischof hat, wie gesagt, nicht protestirt und die Befolgung des Gesetzes nicht verweigert und der Papst hat dazu geschwiegen. Also scheint es doch, daß das Gesetz nicht der Art ist, daß ein katholischer Bischof im Gewissen verpflichtet wäre, es zu übertreten. Was aber in Sachsen recht ist, sollte man meinen, sei auch in Preußen billig.

Sollten die römisch-katholischen Bischöfe in Preußen behaupten, das sächsische Gesetz sei vom kirchlichen Standpunkte aus nicht verwerflich, wohl aber die preußischen Gesetze, so erlauben wir uns, ihnen einen Vorschlag zu machen, durch dessen Annahme sie ihren guten Willen, den Frieden zwischen Staat und Kirche wiederherzustellen, beweisen können: Sie mögen in einem von ihnen allen unterzeichneten Aktenstücke die bündige Zusicherung geben, daß sie die preußischen Maigesetze gewissenhaft beobachten wollen, wenn dieselben so amendirt werden, daß sie mit dem sächsischen Gesetze übereinstimmen, und die Staatsregierung bitten, den Kammern die Maigesetze, so amendirt, nochmals vorzulegen.

---

## Brief- und Zeitungsberichte.

△ **Berlin**, 8. März. Die Feier des Geburtstages des Kaisers in den Volksschulen, welche alljährlich stattzufinden pflegt, wird sich an dem 80. Geburtstage voraussichtlich besonders festlich gestalten. Der Kultusminister hat die näheren Anordnungen in dieser Beziehung den Provinzialbehörden überlassen und dabei bemerkt, es lasse sich erwarten, daß Magistrate, Vereine, Schulfreunde u. s. w. Geldmittel zu Erinnerungszwecken für Schüler und Schülerinnen zur Verfügung stellen werden. Sofern solche in Büchern beständen, sei darauf aufmerksam zu machen, daß keine Werke gewählt werden dürfen, deren Inhalt in konfessioneller Beziehung einen Anstoß geben könnte. Am zweckmäßigsten würden Lebensbilder Sr. Majestät zu wählen sein und unter diesen verdienten diejenigen den Vorzug, welche das Leben durch schlichte Zusammenstellung von Urkunden und Thatsachen in genügender Vollständigkeit und geordneter Folge dem Leser vorführen. Der Minister bezeichnet als neuere Darstellung dieser Art insbesondere das „Kaiser-Wilhelm-Gedenkbuch“ von Ludwig Hahn. — Der Reichstag wird, wie man annimmt, bald nach der ersten Berathung des Reichshaushalts, welche dieser Tage stattfinden dürfte, in die erste Lesung des Gesetzentwurfs über den Sitz des Reichsgerichts eintreten. Im Zusammenhang mit demselben werden wahrscheinlich die bedeutenden Prinzipienfragen, welche durch den Verlauf dieser Angelegenheit gegenüber der Reichsverfassung angeregt worden sind, zur Erörterung kommen. Die Ankündigung, daß Berlin als Sitz des Reichsgerichts gegenüber Leipzig Seitens der preußischen Kommissarien auch im Reichstage vertreten werden soll, ist nicht genau dahin verstanden worden, daß von Preußen ein Verbesserungs-Antrag auf Wiederherstellung Berlins in dem Gesetzentwurf gestellt werden solle. Es ist aber nur gesagt worden, daß auch die Auffassungen der Minorität eine Vertretung finden würden. Einen Abänderungsantrag gegenüber der Bundesrathsvorlage kann nicht von Seiten einer Regierung, sondern nur aus der Mitte des Reichstages gestellt werden, und es unterliegt allerdings wohl keinem Zweifel, daß von dieser Stelle aus der Antrag auf Wiederherstellung der ursprünglichen Vorlage eingebracht werden wird. — Um dem in verschiedenen Gegenden bestehenden Mangel an Arbeitsgelegenheit möglichst abzuhelfen, hat der Handelsminister auch den kgl. Eisenbahn-Direktionen die schleunige Inangriffnahme derjenigen Eisenbahn-Bauten, deren alsbaldige Ausführung in Aussicht genommen ist, zur Pflicht gemacht. Es ist denselben zugleich mitgetheilt worden, daß die Prov.-Behörden ersucht worden sind, Sorge zu tragen, daß die Erledigung sämmtlicher Geschäfte, welche auf den gedachten Zweck von Einfluß sind, mit größter Beschleunigung erfolge, daß namentlich in den Fällen, wo der Beginn der Arbeiten von vorgängigem Grunderwerb abhängig ist, der landespolizeilichen Prüfung der Projekte und der Feststellung der betreffenden Pläne im Enteignungsverfahren und der Festsetzung der Entschädigungen ein so rascher Fortgang gegeben werde, als mit den gesetzlichen Vorschriften irgend vereinbar ist.

— Sr. Maj. Schiff „Friedrich Carl“ ist, telegraphischer Nachricht zufolge, am 7. d. in Malta eingetroffen.

— In der letzten Sitzung des Reichstags fand bei der Generaldebatte über das Patentgesetz bekanntlich der erste Zusammenstoß zwischen Freihändlern und Schutzzöllnern statt. Der Vorgang war charakteristisch genug, um erkennen zu lassen, daß die Schutzzöllner durch die Zusammensetzung des Hauses und mehr noch durch die Unterstützung, welche ihnen von einflußreicher Seite wird, ihr Selbstbewußtsein wieder gewonnen haben. Man konnte sehen und hören, mit welch' lebhaften Beifallsäußerungen die Herren auf der Rechten Herrn v. Kardorff auf seinem schutzzöllnerischen Exkurse begleiteten. Daß sie es nicht nur bei diesen Aeußerlichkeiten bewenden lassen, sondern ihre parlamentarische Organisation so einrichten werden, daß die alte schutzzöllnerische Garde sich wieder zusammenthut, um neue Kräfte zu gewinnen, geht aus neueren Mittheilungen unzweifelhaft hervor. Diesen zufolge wird die sogenannte wirthschaftliche Gruppe im Reichstag wieder gebildet werden, deren bekanntes Programm auch den Anhängern des Prohibitivsystems den Beitritt ermöglicht. In den nächsten Tagen wird, wie die „N. L. C.“ schreibt, die „wirthschaftliche Gruppe“ bereits mit dem Antrage hervortreten, einen Gesetzentwurf über Wiedereinführung des Eisenzolles vorzulegen, wie er bis zum 1. Oktober 1873 (somit kein Roheisenzoll) erhoben wurde. Ferner wird sich die Gruppe eingehend mit der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs beschäftigen, der gegen die „Weinfabrikation“ gerichtet ist. Die humanitäre Seite dieser legislatorischen Arbeit richtet sich allerdings gegen das gesundheitsschädliche Gebräu der Weinfälscher, welche die Ingredienzien zu dem, was sie dann französische, spanische und ungarische Weine nennen, in Säcken nach ihren chemischen Laboratorien bringen. Aber die geschäftliche Seite der Frage dürfte den Schutzzöllnern näher liegen und wird hauptsächlich die Initiative hervorrufen. Sie drängen auf die gesetzliche Regelung der Frage, weil sie behaupten, daß nach dem Abschluß der Zollverträge der Zoll auf Wein erhöht werden soll. Der Gegenstand wird jedenfalls bald auf die Tagesordnung der wirthschaftschaftlichen Gruppe gelangen und die Fraktionen des Hauses werden dann Gelegenheit erhalten, sich mit demselben zu beschäftigen.

— Der Abg. Virchow hat neulich im Abgeordnetenhause die Angelegenheit, betreffend den Mangel an Examinanden in den medizinischen Fakultäten der preußischen Universitäten und die Auswanderung derjenigen Kandidaten, die sich zu schwach fühlen, nach dem Süden des deutschen Reiches, angeregt. Das „Tagebl.“ erfährt hierüber von unterrichteter Seite Folgendes:

Das auf das gesammte Reich ausgedehnte Reglement für die ärztlichen Prüfungen innerhalb des norddeutschen Bundes vom 25. Septemner 1869, sowie die in Betreff des tentamen physicum unterm 20. Juli 1861, 12. Juli und 8. September 1862, 4 April 1864 und am 22. Dezember 1865 erlassenen Bestimmungen des Kultusministers haben sich nicht überall als zweckentsprechend und auch als nicht ausreichend zur Herbeiführung eines gleichmäßigen Verfahrens bei den gedachten Prüfungen erwiesen. Im Jahre 1875 wurde deshalb schon den Bundesregierungen anheimgegeben, etwaige auf Abänderung der genannten Vorschriften gerichtete Anträge an das Reichskanzleramt gelangen zu lassen und zugleich sich darüber zu äußern, ob es angemessen erscheine, behufs der Herstellung größerer Uebereinstimmung in den Vorschriften für die naturwissenschaftliche Vorprüfung ein Prüfungsreglement zu erlassen. In Folge dessen sind im Kultusministerium diese Vorschriften einer Revision unterworfen und darüber die gutachtlichen Aeußerungen der medizinischen Fakultäten eingeholt worden. Auch andere Bundesregierungen haben in gleicher Weise verfahren, und es ist dann im Reichskanzleramte auf Grund des von den Bundesregierungen gesammelten Materials ein Entwurf neuer Vorschriften über die ärztlichen Prüfungen, sowie über das tentamen sphyicum ausgearbeitet worden, der demnächst dem Reichstage zugehen wird.

— In der am 8. d. mit Trauerrand erschienenen sozialdemokratischen „Berliner Freie Presse“ widmet „der sozialdemokratische Klub“ dem verstorbenen Joh. Jacoby einen Nachruf, in welchem es heißt:

Unser Johann Jacoby weilt seit vorgestern nicht mehr unter den leiblich Lebenden! Am 6. März 1877, Abends 6¾ Uhr, hat der Tod seinen Körper ereilt — sein Geist, seine Werke werden immer leben. Das Volk erbt die geistigen Schätze dieses Arbeiters im Dienste der Wissenschaft; es wird damit zu wirthschaften verstehen. Das Volk wird diesem Manne nachzustreben, seinen Charakter zu erreichen suchen. Das Volk erinnert sich heute insbesondere jenes stolzen Wortes, das Jacoby vor einem Königsthrone ausgesprochen, und das man in flammenden Zügen an's Firmament schreiben sollte, damit es die Völker des Erdkreises lesen und damit sie sich daran begeistern könnten. u. s. w.

— Unter den Reservisten und Landwehrmännern, welche auf Grund des Gesetzes vom 31. März 1873 Darlehen zu mäßigen Zinsen behufs Wiedereinrichtung ihrer Geschäfte nach beendigtem Kriege vom Staate erhalten hatten, herrscht vielfach die Ansicht, die Staatsbehörden hätten auch jetzt, nachdem diese Ansprüche des Staates an die Kreise abgetreten worden, über die Rückzahlung resp. den gänzlichen oder theilweisen Erlaß dieser Darlehen zu entscheiden. Dem ist jedoch nicht so. Im Interesse der Betheiligten theilt daher der „Rhein. Kur.“ folgenden, dieser Tage einen Interessenten zugefertigten Bescheid des Ministers des Innern mit. Derselbe lautet:

„Auf Ihr Gesuch eröffne ich Ihnen, daß durch das Gesetz vom 31. März 1873 diejenigen Forderungsrechte, welche der preußische Staat in Ausführung des Reichsgesetzes vom 22. Juni 1871 Angehörigen der Reserve und Landwehr gegenüber durch die Gewährung von Beihilfen in Form von Darlehen erworben hat, auf die einzelnen Kreise bezw. kreiseximirten Städte in dem Umfang, in welchem die Darlehen innerhalb dieser Verbände bewilligt worden, übergegangen sind Mit Rücksicht hierauf kann die Entscheidung auf das Gesuch der Rückzahlung des Ihnen aus dem Fonds des erwähnten Reichsgesetzes gewährten Darlehens nicht mehr seitens der Staatsbehörden, sondern lediglich von der Vertretung des betreffenden Kreises getroffen werden.“

— Die allgemeinen gesellschaftlichen Verhältnisse, wie sie in letzter Zeit in unverkennbaren Symptomen an den Tag getreten und mehrfache Wünsche und Anträge gezeitigt hatten, bildeten den Gegenstand, mit welchem sich der Zentralausschuß der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung in seiner jüngsten Sitzung beschäftigte. Nach einer sehr eingehenden Berathung entschied man sich dahin, daß die Gesellschaft zum Zwecke einer günstigen Einwirkung auf die Lösung der sozialen Fragen, wie sie im Augenblicke in den Vordergrund treten, nach keiner Richtung hin ihrem Programm einen neuen Punkt hinzuzufügen habe. Wie dieses Programm nicht bestimmt sei, für den Augenblick zu wirken, so seien

auch die großen Fragen der Gegenwart an sich nicht darnach angethan, durch irgend ein einzelnes Mittel im Moment gelöst zu werden. Die Gesellschaft würde dagegen auf dem von ihr betretenen Wege ihren Zweck erreichen, wenn ihr im richtigen Verständniß der Sache aus allen Kreisen des Volkes Kräfte und Mittel in genügender Zahl zugeführt würden. Nach einer Richtung hin biete sich ihr aber dadurch eine besondere Gelegenheit dar, ihre Organisation wirksamer zu machen, daß der Zentralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen beschlossen hat, die lokale Presse zur Verbreitung gediegener volkswirthschaftlicher und gesellschaftswissenschaftlicher Aufklärung auf geeignetem Wege anzuregen und hierbei zu unterstützen. Der Zentralausschuß beschloß, seinerseits eine Kommission zu bilden, welche die Mittel und Wege berathen soll, wie das Unternehmen des Zentralvereins seitens der Gesellschaft auf das geeignetste zu unterstützen wäre. In diese Kommission wurden delegirt die Herren Dr. Schulze-Delitzsch, Dr. Kapp, Justizrath Makower, Dr. Burg und Generalsekretair Lippert.

**München**, 6. März. Die „Allg. Ztg." bringt folgende Berichtigung: Die in mehrere Blätter übergegangene Nachricht, als seien die in der bairischen Armee für den Eintritt als Offiziers-Aspiranten geforderten Bedingungen in jüngster Zeit in verschiedenen Punkten so weit herabgemindert worden, daß sie hinter den bezüglichen Anforderungen anderer deutschen Kontinente zurückstehen, entbehrt jeder Begründung. Thatsächlich hat sich an den bisherigen Bedingungen nichts geändert, als daß das Programm für die Portépéfähnrichs-Prüfung bis auf weiteres eine Ermäßigung in sofern erfuhr, als es mit dem für die preußische Armee gültigen Programme für die Prüfungen in nähere Uebereinstimmung gebracht wurde.

## Lokales und Provinzielles.

**Posen**, 9. März.

— **Im Jahre 1876** betrug für die Stadt Posen der kommunale Steuerzuschlag zur Klassen- und klassifizirten Einkommensteuer nur 110, im Jahre vorher (1875) aber 120 pCt. In dem Leitartikel unserer heutigen Morgennummer ist irrthümlich 1876 statt 1875 angegeben.

**Gnesen**, 8. März. [Landtagswahl.] Bei der heute hier stattgehabten Ersatzwahl eines Landtagsabgeordneten an Stelle des verstorbenen Rittergutsbesitzers v. Breza wurde Dr. Szuldrzynski mit 357 Stimmen gewählt; 50 Stimmen fielen auf Kultus-Minister Dr. Falk.

## Staats- und Volkswirthschaft.

** **Ueber die russischen Finanzverhältnisse** bringt die „Köln. Ztg." folgenden angesichts der umlaufenden Gerüchte über die Kontrahirung einer neuen russischen Anleihe bemerkenswerthen Artikel:

„Die russische Staatsschuld, welche über anderhalb Milliarden Rubel beträgt, verschlingt jährlich gegen 1 8 Millionen Rubel zur Verzinsung und Tilgung. Ziehen wir den natürlichen Reichthum des weiten Landes in Betracht, so erscheint uns eine solche Staatsschuld gerade nicht ungeheuerlich, um so weniger, als die 108 Mill. Zinsen nicht ganz den fünften Theil der gesammten Staatsausgaben betragen. Das Bedenkliche bei der Staatsschuld liegt aber darin, daß die größere Hälfte derselben im Ausland aufgenommen ist, die Zinsen mithin in Metall bezahlt werden müssen und nur die geringere Hälfte derselben im Inlande durch Papiergeld gedeckt werden kann. Die Folge hiervon ist, daß der russische Geldmarkt nicht nur von allem Metall entblößt wird, sondern sich die Unmöglichkeit herausstellt, die ausländischen Zinsen für die Dauer in Metall zu zahlen, und die Regierung gezwungen ist, ihre Zuflucht zu neuen Anleihen zu nehmen. So hat Rußland im Laufe von vier Jahren von seiner Schuld an das Ausland zwar 90 Millionen getilgt, dagegen wieder eine Anleihe von 300 Millionen gemacht. Es vereinigen sich mehrere Umstände, welche die Lösung der Aufgabe erschweren. Die Zahlung an ausländischen Zinsen und Tilgung ergiebt bei dem schwankenden Kurse des Rubels selbstverständlich Verluste. So betrug bei dem bedeutenden Sinken der Kurse in letzter Zeit die Zinsenzahlung an das Ausland 12 Millionen mehr als in früheren Jahren; kein unbedeutendes Mehr für die Staatsausgaben. Auf welcher morschen, schwankenden Grundlage das ganze russische Finanzsystem beruht, das hat das Land bei dem Auftauchen der orientalischen Frage empfunden, und bewährte Fachmänner haben es in der Presse ausgesprochen. Diese Grundlage ist von Papier — und die russischen Finanzen leiden an der Papierkrankheit. Die erste Stelle in den russischen Finanzen nimmt die innere Staatsschuld in Kreditbilleten ein. Eine solche Anleihe im Lande mag allerdings leicht und bequem sein; in dieser Leichtigkeit, eine Schuld aufzunehmen, welche nicht verzinst wird, liegt jedoch auch die Versuchung, so wie die Gefahr, eine solche zu wiederholen. In der wachsenden Masse des Papiergeldes wurzeln noch manche andere Uebel, vor Allem ist eine allgemeine Vertheurung aller Erzeugnisse und Waaren, die einen reellen Werth haben, die unausbleibliche Folge — und man kommt endlich bis auf den Punkt, wo eine solche Anleihe als Schuld zur Illusion wird — man bezahlt sie niemals. Rußland hat gegenwärtig für 750 Millionen Papiergeld. Hätte die Reichsbank über einen entsprechenden Bestand an Metall zu verfügen, so wäre die Möglichkeit gegeben, den Kurs des Papiergeldes seinem nominellen Werth entsprechend zu halten; da jedoch solche Metallfonds nicht zu Gebote stehen, so ist es natürlich, wenn der Papierrubel beim Eintreten politischer Krisen sinkt — wie gegenwärtig bis auf drei Franken — d. i. um 25 pCt. Die innere Anleihe an umlaufenden Papiergeld beträgt übrigens, wenn wir die bedeutenden Summen an sogenannten Serien (zu 50 R.) hinzuzählen, im Ganzen nicht weniger als 100 Millionen. Eine solche Masse an Papiergeld ohne hinreichende Metalldeckung könnte natürlich nur im Laufe der Zeit — nach und nach — eingelöst werden, und das nur, wenn eine dauernde Friedenszeit dies bei weiser ökonomischer Verwaltung der Finanzen ermöglicht. Dies ist aber das einzige Mittel und man kann hier nicht sagen: es führen viele Wege nach Rom. Welch künstliches System man auch ausdenken mag, es wird sich als unzureichend erweisen, und das Gebäude, welches man auf solcher Grundlage aufgeführt, muß über kurz oder lang zusammenstürzen; hier hilft kein Experimentiren, wie das wohl gewöhnlich geschieht sondern lediglich eine radikale Kur. Welche Mißstände man auch anführen mag, sei es Darniederliegen der Industrie, Stockung des Handels, Beschränkung und Bevormundung freier Entwicklung oder Vernachlässigung der Quellen des natürlichen Reichthums des Landes, — dieselben können nur einen mittelbaren Einfluß auf den Zustand der Finanzen haben, und die Baisse auf dem russischen Geldmarkt wird einzig und allein durch die Zinsenzahlungen an das Ausland hervorgebracht. Rußland gewinnt freilich nach Nord-Amerika unter allen Staaten der Welt das meiste Gold, es reicht jedoch nicht hin zur Deckung der Zinsen. Die Finanzmänner Rußlands haben zu künstlichen Mitteln gegriffen und gehofft, die Finanzen durch solche zu heben. Ein künstliches Mittel der Art ist auch die Auferlegung eines in Gold zu zahlenden Zolls für Gegenstände, welche aus dem Auslande eingeführt werden. Wenn man der Sache nicht auf den Grund geht, dürfte man sich versucht fühlen, zu glauben, daß ein Aufschlag von 25–30 pCt. an Zollgebühren dem Lande zu Gute kommen und in Folge einer vergrößerten Einnahme den Geldmarkt beleben müßte; dem ist jedoch nicht so. Für's Erste wird sich in Folge einer solchen Maßregel die Einfuhr und mithin auch die Zolleinnahme in demselben Verhältniß verringern; andererseits denken jene Leute nicht daran, daß ja nicht das Ausland, sondern die eigenen Produzenten, die Konsumenten im Lande, die Unkosten tragen; etwas ganz Anderes wäre es, wollte man von der Ausfuhr einen Zoll erheben, den müßte das Ausland mittelbar wieder zahlen. Jene Maßregel dürfte überhaupt den Kredit im Auslande noch mehr untergraben, indem Rußland sich weigert, den Werth seines eigenen Rubels anzuerkennen.

## Vermischtes.

* **Danzig**, 8. März. Die uns heute zugegangenen Weichsel-Rapporte melden von der oberen Weichsel nur ein bedeutendes weiteres Steigen des Wasserstandes bei Thorn nur noch um 1–2 Zoll. Das zusammengedrängte Eis stand auch gestern daselbst noch fest. Bei Kurzebrack und eine kurze Strecke ober- und unterhalb desselben hat die durch Packeis gestützte Eisdecke wieder eine solche Festigkeit gewonnen, daß sie auch zur Nachtzeit passirt werden kann. Sonst sind weder hier noch auf der unteren Weichsel und Nogat Veränderungen eingetreten. (D. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

## Telegraphische Nachrichten.

**Petersburg**, 8. März. Die Besprechungen, welche General Ignatieff, der diesseitige Vertreter auf der Konferenz und langjährige Botschafter Rußlands bei der Pforte, mit den leitenden Staatsmännern in Berlin und demnächst auch an anderen Orten haben wird, werden erneut feststellen, daß die russische Regierung keine separate orientalische Politik anstrebt, daß sie vielmehr nur von den mit ihr in den Konferenz-Forderungen übereinstimmenden Mächten Erklärungen herbeiführen will, welche die Ausführung des Konferenz-Programmes als eine Pflicht der Pforte fixiren, welche Pflicht durch die der Pforte eingeräumten traktatmäßigen Rechte bedingt sei. Es wird dann Sache der Pforte sein, dieser allgemein anerkannten Pflicht gerecht zu werden durch praktische Anordnung der bezüglichen Einrichtungen, resp. durch prinzipielle Anerkennung derselben, anderenfalls würde jeder betheiligten Macht das Auftreten für Erfüllung der allgemein anerkannten Pflicht freistehen. General Ignatieff ist durch seine spezielle Kenntniß der Verhältnisse sowie durch seine hervorragende Stellung, von der man vielfach seiner Zeit ein besonders prononzirtes, dem Kriege besonders geneigtes Vorgehen behauptet hat, vorzugsweise auch persönlich geeignet, die Beschränkung der russischen Politik auf die allseitig in Frage gestellten Angelegenheiten zu dokumentiren.

**Washington**, 8. März. Im Senate fand gestern anläßlich der neuen Ministerernennungen eine lebhafte Diskussion statt. Die Führer der republikanischen Partei verweigerten die Bestätigung der Ernennungen. Die Angelegenheit wurde an die bezüglichen Kommissionen verwiesen.

**London**, 8. März. Im Unterhause antwortete Lord Bourke gegenüber Dilke, die Regierung wollte die Antwort auf das russische Rundschreiben in voriger Woche abgehen lassen, verschob aber die Absendung, weil Rußland bat, zuvor weitere Mittheilungen von ihm abzuwarten. Diese Mittheilungen erfolgten bisher nicht, weshalb auch die Antwort unterblieb. Auf die Frage Hanbury's erklärte Lord Bourke: die Regierung verkenne nicht die aus der Abwesenheit des englischen Botschafters von Konstantinopel für die britischen Interessen entstehende Unbequemlichkeit und beabsichtige deshalb auch nicht, den jetzigen Zustand sehr lange fortbestehen zu lassen. Auf die Frage Campbells über die Wahrheit des Gerüchts, wonach Bosnien eine Kriegssteuer von 4 Millionen auferlegt worden sei, antwortet Lord Bourke, es sei ihm Nichts bekannt darüber, er werde sich aber erkundigen; auch die Nachricht von der Fortdauer des Aufstandes in Bosnien und dem üblen Zustande der Aufständischen während der Winterzeit könne er nicht bestätigen. Es scheine, daß vor einiger Zeit 80 Mann von den Insurgenten bei Niksic angegriffen worden seien. Auch hat Montenegro die Verproviantirung von Niksic abgelehnt. Es solle die Zahl der Aufständischen beträchtlich sein; er hoffe aber, Bosnien und die Herzegowina würden zur Ruhe kommen, wenn der Frieden der Pforte mit Montenegro zu Stande komme.

## Telegraphische Börsenberichte.

**Fonds-Course.**

**Frankfurt a. M.**, 8. März. Fest, ziemlich belebt.

[Schlußcourse.] Londoner Wechsel 204,60. Pariser Wechsel 81, 45. Wiener Wechsel 164, 35. Böhmische Westbahn 139¾. Elisabethbahn 109¼. Galizier 172¼. Franzosen*) 186⅝. Lombarden*) 65½. Nordwestbahn 92¾. Silberrente 55⅝. Papierrente 51⅜. Russische Bodenkredit 79½. Russen 1872 83⅝. Amerikaner 1885 102. 1860er Loose 97⅝. 1864er Loose 250, 00. Kreditaktien*) 122. Oesterr. Nationalbank 681, 00. Darmst. Bank 96½. Berliner Bankver. 91⅝. Frankf. Wechselbank —. Oesterr.-deutsche Bank —. Meininger Bank 75⅝. Hess. Ludwigsbahn 91⅝. Oberhessen —. Ung. Staatsloose 135, 20. Ung. Schatzanw. alt 84¾. do. do. neue 80½. do. Ostb.-Obl. II. 56⅝. Centr.-Pacific 99⅛. Reichsbank 156¼. Goldrente 61.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 121⅞, Franzosen 186⅜, 1860er Loose —, Lombarden —, Reichsbank —, Galizier 172⅞.

*) per medio resp. per ultimo.

Abends. [Effekten-Sozietät.] Kreditaktien 122½, Franzosen 186½, 1860er Loose 97¾, Silberrente 55⅝, Papierrente —, Goldrente 61⅛, Galizier 172⅞. Reichsbank —, Nationalbank — Lombarden 66½. Fest.

**Wien**, 8. März. Geschäftslos, aber ziemlich fest. Bahnen theilweise schwächer, Bankaktien angeboten, Devisen anziehend.

[Schlußkurse.] Papierrente 62, 85. Silberrente 67, 85. 1854er Loose 106,25. Nationalbank 826, 00. Nordbahn 1812, 50. Kreditaktien 148, 50. Franzosen 225, 50. Galizier 210, 50. Kasch.-Oderberg 85 50. Pardubitzer —, —. Nordwestb. 113, 00. Nordwestb. Lit. B. — —. London 124, 15. Hamburg 60, 30. Paris 49, 30. Frankfurt 60, 30. Amsterdam 103, 00. Böhm. Westbahn —, —. Kreditloose 164 25. 1860er Loose 109, 00. Lomb. Eisenb. 80, 00. 1864er Loose 132, 20. Unionbank 50, 00. Anglo-Austr. 70, 60. Napoleons 9, 91. Dukaten 5, 92. Silbercoup. 113, 25. Elisabethbahn 132, 50. Ung. Prämienanl 71, 70. Marknoten 60, 90.

Türkische Loose 17, 30. Goldrente 74, 70.

Nachbörse: Fester. Kreditaktien 148,70. Franzosen 226, 00, Lombarden 80, 75, Galizier 210, 50, Anglo-Austr. 70, 50, Papierrente 62, 90, Nationalbank —, —, Goldrente 74, 75, Marknoten 60, 90, Napoleons 9, 90½.

**Wien**, 8. März. Offizielle Notirungen: Silberrente 67, 85, 1864er Loose —, —, Kreditloose —, —, 1854er Loose —, —, London 124, 20, Paris —, —, Hamburg 60, 40, Franzosen —, 00, Nordwestbahn 113, 30, Dukaten —, —, Nationalbank 826, 00.

**Wien**, 8. März. Abendbörse. Kreditaktien 149. 25, Franzosen 228, 00, Lombarden 80, 25, Galizier 211, 25, Anglo-Austr. 70, 50, Silberrente —, —, Papierrente 62, 95, Goldrente 74, 80, Marknoten 60, 85, Nationalbank —, —, Napoleons 9, 89½. Fest.

**Paris**, 8. März. Fast ganz geschäftslos.

[Schlußkurse.] 3pCt. Rente 73, 77½, Anleihe de 1872 106, 90, Italienische 5proz. Rente 72, 65, do. Tabaksaktien —, —. do. Tabaksobligationen —, —. Franzosen 465, 00. Lombard. Eisenbahn-Akt. 170, 00, do. Prioritäten 235, 00, Türken de 1865 12, 17½. do. de 1869 64, 00, Türkenloose 35, 50.

Crédit mobilier 147, Spanier exter. 11⅜, do. intér. 10⅝, Suezkanal-Aktien 683, Banque ottomane 377, Societe generale 491, Credit foncier 596, neue Egypter 178. Oesterr. Goldrente 62. Wechsel auf London 25, 12.

**Paris**, 7. März, Abends. Boulevard-Verkehr. 3proz. Rente 73, 87½, Anleihe de 1872 106, 86, Türken de 1865 12, 12½, Egypter 178, 75, Banque ottomane 378, 75, Italiener 72 50, chemins egypt. 296, 25. Fest.

**London**, 8. März. Konsols 96$\frac{9}{16}$. Italien. 5proz. Rente 72$\frac{3}{16}$, Lombarden 6¾. 3 prozent. Lombarden-Prioritäten alte 9$\frac{5}{16}$. 3proz. Lombarden-Prioritäten neue 9½. 5proz. Russen de 1871 81½. do. do 1872 83½. do. 1873 83. Silber 56. Türk. Anleihe de 1865 12. 5proz. Türken de 1869 —. 5proz. Vereinigt St. pr. 1885 —. do 5proz. fund. 107⅞. Oesterr. Silberrente 55½. Oesterr. Papierrente 52. 6proz. ungar. Schatzbonds 83. 6proz. ung. Schatzbonds II Emiss. 79, 6proz. Peruaner 17⅜. Spanier 11⅜. Platzdiskont 1¾ pCt.

Aus der Bank flossen heute 13,000, Pfd. Sterling.

Wechselnotirungen: Berlin 20,60, Hamburg 3 Monat 20,60, Frankfurt a. M. 20,69, Wien 12,57, Paris 25,30, Petersburg 29.

**Newyork**, 7. März. (Schlußkurse.) Höchste Notirung des Goldagios 5⅜, niedrigste 5⅛. Wechsel auf London in Gold 4 D. 84½ C. Goldagio 5¼. $\frac{5}{20}$ Bonds per 1885 108⅜. do. 5proz. fundirte 110⅝. $\frac{5}{20}$ Bonds per 1887 112¾. Erie-Bahn 7¾. Zentral-Pacific 105½. Newyork Zentralbahn 95¾.

**Produkten-Course.**

**Danzig**, 8. März. Getreide-Börse. Wetter: kalte und rauhe Luft. Wind: N.

Weizen loko mäßig zugeführt ist auch am heutigen Markte in matter Stimmung gewesen und war der Verkauf gehandelter 220 Tonnen recht schleppend, zu ziemlich unverändert gestrigen Preisen. Bezahlt ist für Sommer- 125/6, 130/1 Pfd. 212, 216 M., russischen 119/20 Pfd. 194 M., bunt 123 Pfd. 210 M., 125/6 Pfd. 213 M., 128 Pfd. 216 M., glasig 128, 128/9, 130 Pfd. 219, 221, 222 M., hellbunt 125, 129, 131 Pfd. 223, 224 M., extra fein 134 Pfd. 225 M., per Tonne. Termine matt. April-Mai 214 M. bez., Mai-Juni 216 M. Br., 215 M. G., Juni-Juli 218 M. bez. Regulirungspreis 216 Mk.

Roggen loko für inländischen unverändert, 122 Pfd. 163 M., 124 Pfd. 165, 166½ M. nach Qualität, russischer billiger, 118 Pfd. 146½ M., 119 Pfd. 147½ M., 119/20 Pfd. 148 M. per Tonne gezahlt. Termine nicht gehandelt. April-Mai 158 M. Br., 155 M. Gd., russischer April-Mai 157 M. Br., unterpolnischer April-Mai 162 M. Br., 160 M. Gd. Regulirungspreis 157 M. — Gerste loco große 117 Pfd. 154 M., 113/4 Pfd. bessere 155 M., kleine 106/7 Pfd. 142 M. per Tonne bezahlt. — Erbsen loco ohne Umsatz. Termine Futter- April-Mai 136 M. Br., 133 M. Gd., Mai-Juni 138 M. Br. — Bohnen loko mit 137 M. per Tonne. gekauft. — Wicken loko zu 136–140 M. per Tonne verkauft. — Kleesaat loko ordinäre 60, gute 148, grüne 200 M. per 200 Pfd. bezahlt. — Hafer loco russischer 115 M. per Tonne bezahlt. — Spiritus nicht zugeführt.

**Köln**, 8. März. (Getreidemarkt.) Weizen, hiesiger loko 24, 50, fremder loko 22, 50, pr. März 22, 20, pr. Mai 22, 55, pr. Juli 22, 70. Roggen, hiesiger loko 18, 00, pr. März 15, 95, pr. Mai 16, 30, pr. Juli 16, 10. Hafer loko —, 00, pr. März 16, 00, pr. Mai 16, 50. Rüböl, loko 38, 00, pr. Mai 35, 20, pr. Oktober 34, 00.

**Hamburg**, 8. März. (Getreidemarkt.) Weizen loko flau, auf Termine matt. — Roggen loko ruhig, auf Termine matt. Weizen pr. April-Mai 217 Br., 216 Gd., pr. Juni-Juli pr. 1000 Kilo 222½ Br., 222 Gd. Roggen pr. April-Mai 157 Br., 156 Gd., pr. Juni-Juli per 1000 Kilo 160 Br., 159 Gd. Hafer ruhig, Gerste matt. Rüböl matt, loko 71, pr. Mai pr. 200 Pfund 69½. Spiritus still, pr. März 45, April-Mai 44½, pr. Mai-Juni 44¼, pr. Juli-August pr. 1000 Liter 100 pCt. 45½. Kaffee gefr., Umsatz 4000 Sack. — Petroleum flau, Standard white loko 14, 25 Br., 13, 75 Gd., pr. März 13, 50 Gd., pr. August-Dezember 15, 25 Br. — Wetter: Schön.

**Bremen**, 8. März. Petroleum matt. (Schlußbericht.) — Standard white loko 14, 15 Br., per März 14, 15, pr. April 13, 75, pr. Mai 14, 15, pr. August-Dezember 15, 00 Br.

**Paris**, 8. März. Produktenmarkt. (Schlußbericht). Weizen matt, pr. März 27, 50, pr. April 27, 75, pr. Mai-Juni 28, 75, pr. Mai-August 29, 00. Mehl wchd., pr. März 58, 00, pr. April 58, 75, pr. Mai-Juni 60, 50. pr. Mai-August 61, 50. Rüböl wchd., pr. März 89, 75, pr. April 89, 75, pr Mai-August 89, 50, pr. Septemb.-Dezemb. 89, 25. Spiritus behpt., pr. März 60, 00, pr. Mai-August 61, 00. — Wetter: Schön.

**Paris**, 8. März. Rohzucker matt, Nr. 10/13 pr. März pr. 100 Kilogr. 71, 75, Nr. 7/9 pr. März pr. 100 Kilogr. 77, 75. Weißer Zucker matt, Nr. 3 pr. 100 Kilogr. pr. März 81, 00, pr. April 81, 00, pr. Mai-August 81, 25.

**Havre**, 7. März. Wollauktion. Von den heute angebotenen 2114 Ballen wurden 1368 B. verkauft. Das Geschäft war belebter bei vollen gestrigen Preisen.

**London**, 8. März. An der Küste angeboten 19 Weizenladungen. Tendenz: Ruhig.

**London**, 8. März. Havannazucker sehr flau.

**Manchester**, 7. März. 12r Water Armitage 8¼, 12er Water Taylor 8¾, 20r Water Micholls 10¼, 30r Water Gidlow 10⅜, 30r Water Clayton 11½, 40r Mule Mayoll 11¼, 40r Medio Wilkinson 13, 36r Warpcops Qualität Rowland 11⅝, 40r Double Weston 12½, 60r Double Weston 15½, Printers $\frac{16}{16}$ $\frac{34}{50}$ 8½pfd. 108. Gutes Geschäft. Fester Markt.

**Glasgow**, 7. März. Roheisen. Mixed numbres warrants 54 Sh. 1½ d.

**Liverpool**, 8. März. Baumwolle: (Schlußbericht). Umsatz 8000 Ballen, davon für Spekulation und Export 2000 Ballen. — Stetig. Futures schwach.

Middl. Upland 6⅝, middl. Orleans 6$\frac{13}{16}$, middl fair Orleans 7⅝, fair Orleans —, middl. Mobile 6¾, fair Pernam 6⅞, fair Bahia 6$\frac{9}{16}$, fair Maceio 6¾, fair Maranham 6¾, fair Rio 6⅞, middl. Egyptian 5½, fair Egyptian 6¼, good fair Egyptian 6¾, fair Smyrna 6, fair Dhollerah 5$\frac{5}{16}$, fully good fair Dhollerah 5$\frac{11}{16}$, middl. fair Dhollerah 5⅜, middl. Dhollerah 4¾, good middl. fair Dhollerah 5$\frac{1}{16}$, fair Domra 5⅜, good fair Domra 5⅝, fair Scinde 4⅞, fair Madras 5¼, fair Bengal 4⅞, good fair Bengal 5$\frac{3}{16}$, fair Tinnevelly 5½, fair Broach —.

**Bradford**, 6. März. Wolle und wollene Waaren unverändert.

**Leith**, 7. März. Getreidemarkt. Fremde Zufuhren der Woche: Weizen —, Gerste —, Bohnen 3, Erbsen 22 Tons, Hafer —. Mehl 4164 Sack.

Weizen stetig zu letzten Preisen, Mehl unverändert. — Wetter: Kälter.

**Amsterdam**, 8. März. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen loko geschäftslos, auf Termine unveränd., pr. März 310, per Mai —. Roggen loko unverändert, auf Termine fest, per März —, per Mai 194. Rüböl loko 39, per Mai 39, per Herbst 37½. Raps pr. Frühj. 400 Fl. — Wetter: —.

**Amsterdam**, 7. März. Bancazinn 43.

**Antwerpen**, 8. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen unverändert. Roggen behauptet. Hafer behauptet. Gerste stetig.

Petroleummarkt (Schlußbericht). Raffinirtes, Type weiß, loko 34 bez., 34 Br., pr. März 34 bez., 34 Br., pr. April 34½ Br., per September — bez., 37 Br., per September-Dezember — bez., 38 Br. Weichend.

# Produkten-Börse.

**Berlin**, 8. März. **Wind:** Nord. **Barometer:** 27,10. — **Thermometer** —0° R. **Witterung:** Sehr schön.

**Weizen** loko per 1000 Kilogr. M. 195—235 nach Qual. gef., per diesen Monat —, per April-Mai 222,00—219,00 bez., per Mai-Juni 222,5—223,00 bez., per Juni-Juli 224,5—222,5 bez. per Septbr.-Oktbr. 216,00—214,00 bez. — **Roggen** loko per 1000 Kilogr. 154—183 nach Qualität gef., russischer 161—161,5 ab Boden bez., neuer do. 155 bis 164, do. poln. —, inländischer 176—183 ab Bahn bez., defekter — do., per diesen Monat 161,5—161,00 bez., per März-April do., per April-Mai 162,5—163,00—161,5 bez., per Mai-Juni 160,00—159,5 bez., per Juni-Juli 159,00—158,5 bez. — **Gerste** loko per 1000 Klg. M. 110—183 nach Qualität gef. — **Hafer** loko per 1000 Kilogr. 120—183 nach Qual. gef., ost- u. westpreußischer 135—155, russischer 125—150, neuer pommerscher 160—163, neuer schles. 153—162, galizischer — —, böhm. 157—162, ungar. 140—142, defekter —, per diesen Monat —, per April-Mai 152,5—151,5 bez. per Mai-Juni 153,00—152,5 bez., per Juni-Juli 154,00 bez., per Juli-August —. — **Erbsen** per 1000 Kilgr. Kochwaare 151—186 nach Qual., Futterwaare 135—150 nach Qual. — **Raps** per 1000 Kilogr. —. — **Rübsen** —. — **Leinöl** loko per 100 Kilo 100 Kilogramm ohne Faß 60,00 M. — **Rüböl** per 100 Kilogr. loko ohne Faß 68,00 bez., mit Faß per diesen Monat 68,5 bez., per März-April do., per April-Mai 68,00—68,2—68,1 bez., per Mai-Juni 67,5—67,3 bez., per Juni-Juli —, per September-Oktbr. 65,9—65,8 bez., per Oktober-November — bez. — **Petroleum** (raff.) (Stand. white) per 100 Kilogr. mit Faß loko 34,00 bez., per diesen Monat 28,00 bez., per Februar-März — bez., per März-April 27,5—27,2 bez., per April-Mai do., per September-Oktober 32,00 bez. — **Spiritus** per 100 Liter a 100 pCt. = 10,000 pCt. loko ohne Faß 53,7 bez., loko mit Faß —, per diesen Monat 54,2 bez., per März-April do., per April-Mai 55,1—54,8 bez., per Mai-Juni 55,4—55,2 bez., per Juni-Juli 56,4—56,2 bez., per Juli-August 57,5—57,3 bez., per August-September 58,1—57,8 bez. — **Mais** per 1000 Kilo loko neuer 125—133 nach Qual. gef., alter 133—138 nach Qual. gef., neuer ungarischer —, neuer Mold. 128 ab Bahn bez. kleiner do. — **Roggenmehl** Nr. 0. und 1. per 100 Kilogramm Brutto inkl. Sack per diesen Monat 22,90 bez., per März-April 22,85 bez., per April-Mai 22,80—22,75 bez., per Mai-Juni do., per Juni-Juli do., per August-Sept. —. — **Mehl.** Nr. 0. 29,00—27,00, Nr. 0. und 1. 27,00—26,50, Roggenmehl Nr. 0. 26,00—24,00, Nr. 0. und 1. 23,50—22,50 per 100 Kil. Brutto inkl. Sack. (B.- u. H.-Ztg.

**Stettin**, 8. März. (Amtlicher Bericht.) Wetter: Schön. + 2 Grad R., Morgens — 3 Grad R. Barom. 27, 10. Wind: Nord.

Weizen wenig verändert, per 1000 Kilo loko gelber 174—206 M., feiner 209 bis 219 M., per Frühjahr 217,5—217 M. bez., per Mai-Juni 220 bis 219 M. bez., per Juni-Juli 222,5—221,5 M. bez., per Juli-August 224—223—223,5 M. bez., per September-Oktober 219 bis 219 M. bez. — Roggen wenig verändert, per 1000 Kilo loko inländischer 180—183 M., russischer alter 154—157 M., neuer 157—162 M., per Frühjahr 155,5 bis 157—156 M. bez., per Mai-Juni 156—155,5 M. bez., per Juni-Juli und Juli-August do. — Gerste still, per 1000 Kilo loko Malz- 158 bis 168 M., Futter- 124 bis 135 M. — Hafer matt, per 1000 Kilo loko 130—158 M., per Frühjahr 152 M. Br., per Mai-Juni 154 M. Br. — Erbsen matt, per 1000 Kilo loko Futter- 139 bis 143 M., Koch- 148 bis 153 M., per Frühjahr Futter- 144 M. Br. — Winterrübsen niedriger, per 1000 Kilo per Septbr.-Oktober 293=292 M. bez. — Rüböl niedriger, per 100 Kilo loko ohne Faß flüssiges 69 M. Br., per März 66,5 M. Br., März-April , per April-Mai 66,5 M. bez., per Mai 67,5 M. bez., per September-Oktober 64,75 M. bez. — Spiritus flau, per 10,000 Liter Proz. loko ohne Faß 52,9 M. bz., per Frühjahr 54—53,8 53,9 M. bez., per Mai-Juni 55 M. bez. und Br., per Juni-Juli 55,8—55,7 M. bez., per Juli-August 56,7 M. bez., per Aug.-Sept. 57,5 M. bez. — Angemeldet: Nichts. — Regulirungspreis für Kündigungen: Rüböl 66,5 M. — Petroleum loko 16,5 M. bez., Regulirungspreis 16,5 Mark, alte Usance 17 M. bez. (Ostf.-Ztg.)

**Breslau**, 8. März. [Amtlicher Produktenbörsen-Bericht.] **Kleesaat** rothe fest, ord. 45 52, mittel 55—63, fein 66 bis 73, hochf. 76—80. — **Kleesaat** weiße matt, ord. 40—50, mittel 55 60 fein 64 bis 68, hochf. 72—76. — **Roggen** per 2000 Pfd.) fest. Gek. — Ctr. — Abgel. Kündigungssch. —, per März u. März-April 153 Br., per April-Mai 156 Br. u. Gd., per Mai-Juni —, per Juni-Juli —. — **Weizen** 196 Br., per April-Mai 208 Br., per Mai-Juni —, per Juni-Juli —. Gek. — Centner. — **Hafer** 132 Br., per April-Mai 13[illegible] Gd., per Mai-Juni 138 Gd. Gekündigt — Centner. — **Raps** 320 Br. Gek. — Ctr.— **Rüböl** matter. Gek. 100 Ctr. Loko 69,50 Br, per März u. per März-April 67,50 Br, per April-Mai 67,50 Br., per Mai-Juni 68 Br., per Sept.-Okt 65 Br. — **Spiritus** matter. Gekündigt -- Liter. Loko 51,70 Br., 50,70 Gd., per März und per März-April 52,50 bz. u. Br., April-Mai 52,80 Br., per Mai-Juni —, per Juni-Juli --, per Juli-Aug. —. **Zink:** ohne Umsatz. (B. u. H.-Bl.)

Die Börsen-Kommission.

## Meteorologische Beobachtungen zu Posen.

| Datum. | Stunde. | Barometer 260 über der Ostsee. | Therm. | Wind. | Wolkenform. |
|---|---|---|---|---|---|
| 8. März | Nachm. 2 | 27" 5''' 72 | — 0°4 | NW 2 | z. ht. St, Ci-st. |
| 8. = | Abnds. 10 | 27" 7''' 27 | — 1 3 | NNW 2-3 | bedeckt Ni. |
| 9. = | Morgs. 6 | 27" 8''' 28 | — 2 9 | NNW 0 1 | bedeckt St. |

**Wasserstand der Warthe.**

Posen, am 7. März Mittags 2,26 Meter
= 8. = = 2,22 =

**Berlin**, 8. März. Die fremden Plätze hatten ziemlich feste Haltung gesandt; die gestrigen Kriegsbefürchtungen schienen vergessen und die einlaufenden eher beruhigend lautenden pol. Nachrichten blieben Anfangs unbeachtet. Die Course setzten hier zwar gegen gestern wenig verändert ein, Diskonto-Kommandit-Antheile stellten sich sogar niedriger, doch trat sofort eine Erholung ein, welche die gesammte Haltung als recht fest erscheinen ließ. Man sprach wiederum von den Käufen eines großen Hauses und stellte eine friedlichere Auffassung der Verhältnisse in den Vordergrund. Neben Meinungskäufen hoben auch Deckungen langsam den Coursstand; doch blieben die Umsätze beschränkt. Kreditaktien und Franzosen, russisch-englische Anleihen und Goldrente, Rheinisch-Westfäl. und Schlesische Bahnen traten in den Vordergrund. Die Course hoben sich langsam um etwa 2 Mk. oder 1 Prozent, ohne daß sich größere Lebhaftigkeit kund that. Russisch-englische Anleihen blieben wenig fest; deutsche Eisenbahnen fanden im weiteren Verlaufe der Börse beste Beachtung. Neben den an den letzten Tagen beträchtlich gedrückten schweren Bahnen stellten sich namentlich Märkisch-Posener und Halle-Sorau-Gubener besser. Banken und Industrie-Papiere ohne erwähnenswerthe Bewegung. Anlagewerthe fanden wenig Beachtung, lagen jedoch recht fest namentlich auch auswärtige Prioritäten. Der Geldmarkt blieb bei mangelnder Nachfrage sehr flüssig. Privatdiskont 2 Prozent. Der Verkehr zeigte bei geringem Umfange nur kleine Schwankungen und eine geringe Abschwächung in der zweiten Börsenstunde. Per Ultimo notiren wir: Franzosen 370,50—373,50, Lombarden 131, Kredit-Aktien 241,50—1—3,50 Laurahütte 65,40—5,60, Diskonto-Kommandit-Antheile 104,50, Arenenberger, Breslauer Oelfabrik- und Schlesische Zinkhütten-Aktien gewannen je 1, Prioritäten 1,50, Potsdamer 0,50, Halberstädter 1,25, Norddeutsche Grundkredit und Braunschweiger Bank je 1,50, Brod-Fabrik verlor 1, Brüsseler Bank 1½. Schluß fest. — Kreisobligationen 5-proz. 101,75 bez., 4½-proz. 99,60 bez., 4 proz. 93 G.

# Fonds- u. Aktien-Börse.

**Berlin, den 8. März 1877.**

## Preußische Fonds und Geld Course.

| | | |
|---|---|---|
| Consol. Anleihe | 4½ | 104,10 bz G |
| do. neue 1876 | 4 | 95,70 bz |
| Staats-Anleihe | 4 | 95,90 bz |
| Staats-Schuldsch. | 3½ | 92 25 bz |
| Kur- u. Nm. Sch. | 3½ | 91,25 bz |
| Od.-Deichb.-Obl. | 4½ | 101,00 bz |
| Berl. Stadt-Obl. | 4½ | 102,25 B |
| do. do. | 3½ | 93,00 G |
| Cöln. Stadt-Anl. | 4½ | |
| Rheinprovinz do. | 4½ | 101,40 bz |
| Schldv. d. B. Kfm. | 4½ | 101,00 bz |
| Pfandbriefe: | | |
| Berliner | 4½ | 101,90 bz G |
| do. | 5 | 106,20 G |
| Landsch. Central | 4 | 95,25 G |
| Kur- u. Neumärk. | 3½ | 84,60 bz |
| do. neue | 3½ | 84,00 bz |
| do. | 4 | 94 20 bz |
| do. neue | 4½ | 102,75 bz |
| N. Brandbg. Cred. | 4 | |
| Ostpreußische | 3½ | 84,00 G |
| do. | 4 | 95,40 B |
| do. | 4½ | 101,60 bz |
| Pommersche | 3½ | 83 00 G |
| do. | 4 | 94 20 bz |
| do. | 4½ | 101,75 bz |
| Posensche, neue | 4 | 94,30 bz |
| Sächsische | 4 | |
| Schlesische | 3½ | 84,90 bz |
| do. alt. A. u. C | 4 | |
| do. neue A. u. C. | 4 | |
| Westpr. ritterschft. | 3½ | 82,90 bz |
| do. | 4 | 93,25 bz B |
| do. | 4½ | 101,00 bz |
| do. II. Serie | 5 | 107,50 bz |
| do. neue | 4 | |
| do. | 4½ | 100,50 bz |
| Rentenbriefe: | | |
| Kur- u. Neumärk. | 4 | 95,50 bz |
| Pommersche | 4 | 95,50 B |
| Posensche | 4 | 95,40 bz |
| Preußische | 4 | 95,40 bz |
| Rhein- u. Westfäl. | 4 | 98,00 B |
| Sächsische | 4 | 96,00 B |
| Schlesische | 4 | 96,00 B |
| Sovereigns | | —,— G |
| Napoleonsd'or | | 16,26 bz |
| do. 500 Gr. | | |
| Dollars | | 4,18 G |
| Imperials | | —,— G |
| do. 500 Gr. | | 1397,00 bz |
| Fremde Banknot. | | |
| do. einlösb. Leipz. | | |
| Französ. Banknot. | | 81,60 bz G |
| Oesterr. Banknot. | | 164 60 bz |
| do. Silbergulden | | 188,50 G |
| Russ. Noten | | 251 90 bz |

## Deutsche Fonds.

| | | |
|---|---|---|
| P.-A. v. 55 a 100th. | 3½ | 145,50 bz |
| Hess. Prsch. a 40th. | — | 251,70 bz |
| Bad. Pr.-A. v. 67 | 4 | 121,90 bz |
| do. 35fl.-Obligat. | — | 139,00 bz |
| Bair. Präm.-Anl. | 4 | 121,20 G |
| Brschw. 20thl.-L. | — | 85,00 bz G |
| Brem. Anl. v. 1874 | 4½ | |
| Cöln-Md.-Pr.-A. | 3½ | 109,70 bz G |
| Dess. St. Pr.-Anl. | 3½ | 120,75 B |
| Goth. Pr.-Pfdbr. | 5 | 109,50 bz |
| do. II. Abth. | 5 | 108,50 bz |
| Hb. Pr.-A. v. 1866 | 3 | 175,50 bz |
| Lübecker Pr.-Anl. | 3½ | 175,25 G |
| Mecklb. Eisenbsch. | 3½ | |
| Meininger Loose | — | 19,00 bz G |
| do. Pr.-Pfdbr. | 4 | 103 75 bz |
| Oldenburg. Loose | 3 | 137,50 bz |
| D.-G.-C.-B.-Pf. 110 | 5 | 102,30 bz G |
| do. do. | 4½ | 96 60 G |
| Dtsch. Hypoth. unk | 5 | 101,00 bz G |
| do. do. | 4½ | 95,75 bz G |
| Mein. Hyp.-Pfd. | 5 | 100,60 B |
| Nrdd. Grder.-H.A | 5 | 101,00 bz G |
| do. Hyp.-Pfdbr | 5 | 101,00 bz G |
| Pomm. H.-B. I. 120 | 5 | 105,50 G |
| do. II. IV. rz. 110 | 5 | 101,50 G |

| | | |
|---|---|---|
| Pomm III. rz. 100 | 5 | 100,75 bz |
| Pr. B.-C.-H.-Br. kd | 5 | 100,25 B |
| do. unk. rückz. 110 | 5 | 103,00 bz G |
| do. do. 100 | 5 | 101,00 bz G |
| Pr. C.-B.-Pfdb. kd. | 4½ | 101,00 G |
| do. unk. rückz. 110 | 5 | 107,00 G |
| do. (1872 u. 74) | 4½ | |
| do. (1872 u. 73) | 5 | |
| do. (1874) | 5 | |
| Pr. Hyp.-A.-B 120 | 4½ | 99,25 bz G |
| do. do. | 5 | 101,00 bz G |
| Schles. Bod.-Cred. | 5 | 100,10 G |
| do. do. | 4½ | 94,25 B |
| Stett. Nat.-Hyp. | 5 | 101,25 bz G |
| do. do. | 4½ | 98,25 bz G |
| Kruppsche Oblig. | 5 | 105 50 bz G |

## Ausländische Fonds.

| | | |
|---|---|---|
| Amerik. rckz. 1881 | 6 | 105,40 G |
| do. do. 1885 | 6 | 100,10 G |
| do. Bds. (fund.) | 5 | 103,60 bz |
| Norweg. Anl. | 4½ | |
| New-Yrk. Std-A | 6 | 103,50 bz |
| do. Goldanl. | 7 | 106,70 G |
| Oest. Gold-Rente | 4 | 61,00 bz |
| Oest. Pap.-Rente | 4½ | 51,80 bz B |
| do. Silb.-Rente | 4½ | 55,50 bz |
| do. 250 fl. 1854 | 4 | 93,25 G |
| do. Cr. 100 fl. 1858 | — | 303,00 B |
| do. Lott.-A. v. 1860 | 5 | 97,60 bz |
| do. do. v. 1864 | — | 250,50 bz |
| Ung. St.-Eisb.-A | 5 | 68,00 bz |
| do. Loose | — | 136 00 bz B |
| do. Schatzsch. I. | 6 | 83,75 bz G |
| do. do. kleine | 6 | 84,00 bz |
| do. do. II. | 5 | 80,25 bz G |
| Italienische Rente | 5 | 73,00 bz G |
| do. Tabak-Obl | 6 | 102,50 bz G |
| do. do. Actien | 6 | |
| Rumänier | 8 | 85,00 B |
| Finnische Loose | — | 38,00 bz |
| Russ. Centr.-Bod. | 5 | 80,20 B |
| do. Engl. A. 1822 | 5 | |
| do. do. A. v. 1862 | 5 | 83,20 bz |
| Russ.-Engl. Anl. | 3 | 57,00 G |
| Russ fund. A. 1870 | 5 | |
| Russ. consf. A. 1871 | 5 | 83,30 bz |
| do. do. 1872 | 5 | 83,30 bz |
| do. do. 1873 | 5 | 83,40 bz |
| do. Bod.-Credit | 5 | 79,75 bz G |
| do. Pr.-A. v. 1864 | 5 | 153,25 bz |
| do. do. v. 1866 | 5 | 152,50 bz |
| do. 5. A. Stiegl. | 5 | |
| do. 6. do. do. | 5 | —,— bz |
| do. Pol.-Sch.-O. | 4 | —,— bz |
| do. do. kleine | 4 | 78,50 bz G |
| Poln. Pfdb. III. E. | 5 | 71,20 bz G |
| do. do. | 4 | |
| do. Liquidat. | 4 | 62,60 G |
| Türk. Anl. v. 1865 | 5 | 12,20 bz G |
| do. do. v. 1869 | 6 | |
| do. Loose vollgez. | 3 | 25,50 B |

## *) Wechsel-Course.

| | |
|---|---|
| Amsterd. 100 fl. 8 T. | 169,75 bz |
| do. 100 fl. 2 M. | 169,10 bz |
| London 1 Lstr. 8 T. | 20,46 bz |
| do. do. 3 M. | 20,38 bz |
| Paris 100 Fr. 8 T. | 81,35 bz |
| Blg. Bkpl. 100 F. 8 T. | 81,30 bz |
| do. do. 100 F. 2 M. | 81,10 bz |
| Wien öst. Währ. 8 T. | 164,10 bz |
| Wien öst. Währ. 2 M. | 163,00 bz |
| Petersb. 100 R. 3 W. | 251,00 bz |
| do. 100 Rub. 3 M. | 248 40 bz |
| Warschau 100 R. 8 T. | 251,90 bz |

*) Zinsfuß der Reichs-Bank für Wechsel 4, f. Lombard 5 pCt.; Bankdisconto in Amsterdam 3, Bremen 5, Brüssel 2½, Frankfurt a. M. 4, Hamburg—, Leipzig—, London 2, Paris —, Petersburg 6, Wien 4½ pCt.

## Bank- und Credit-Aktien.

| | | |
|---|---|---|
| Badische Bank | 4 | 106,00 B |
| Bk. f. Rheinl. u. Westf. | 4 | 53,00 bz |
| Bk. f. Sprit- u. Pr.-H. | 4 | 57,10 bz |
| Berliner Bankverein | fr. | 60,00 bz B |
| do. Comm.-B. Sec. | 4 | 60,00 bz B |
| do. Handels-Ges. | 4 | 57,50 bz G |
| do. Kassen-Verein | 4 | 154,00 bz G |
| Breslauer Disc.-Bk. | 4 | 69,75 G |
| Centralbk. f. Bauten | 4 | 12,00 bz G |
| Centralbk. f. Ind. u. H. | 4 | 69,90 bz G |
| Cent.-Genossensch.-B. | fr | 95,50 G |
| Chemnitzer Bank-V. | 4 | 77,25 G |
| Coburger Credit-B. | 4 | 70,00 bz G |
| Cöln. Wechslerbank | 4 | 74,00 G |
| Danziger Bank | fr. | 72,00 B |
| Danziger Privatbank | 4 | 117,00 G |
| Darmstädter Bank | 4 | 96,50 bz |
| do. Zettelbank | 4 | 96,50 G |
| Dessauer Creditbank | 4 | 70,00 G |
| do. Landesbank | 4 | 115,75 bz |
| Deutsche Bank | 4 | 86,00 G |
| do. Genossensch. | 4 | 92,75 B |
| do. Hyp.-Bank | 4 | 93,[illegible]0 B |
| do. Reichsbank | 4½ | |
| do. Unionbank | fr. | 89,20 G |
| Disconto-Comm. | 4 | 104,25 bz |
| do. Prov.-Discont | 4 | |
| Geraer Bank | 4 | 72,50 bz B |
| do. Creditbank | 4 | 53,00 bz |
| Gew.-B. H. Schuster | 4 | 4,00 bz |
| Gothaer Privatbank | 4 | 87,25 G |
| do. Grundcreditbk. | 4 | 102,50 G |
| Hypothek. (Hübner) | 4 | 107,50 bz B |
| Königsb. Vereinsbank | 4 | 82,75 G |
| Leipziger Creditbank | 4 | 109,50 B |
| do. Discontobank | 4 | 65,50 G |
| do. Vereinsbank | 3½ | 92,50 B |
| do. Wechselbank | 4 | 63,00 G |
| Magdeb. Privatbank | 4 | 106,50 G |
| Mecklenb. Bodencredit | 4 | 81,00 B |
| do. Hypoth.-Bank | 4 | 72 75 bz B |
| Meininger Creditbank | 4 | 74,75 bz |
| do. Hypothekenbk | 4 | 95,75 G |
| Niederlausitzer Bank | 4 | 88,25 bz G |
| Norddeutsche Bank | 4 | 130,00 G |
| Nordd. Grundcredit. | 4 | 95,25 bz G |
| Oesterr. Credit | 4 | |
| do. Deutsche Bank | fr. | 95,00 G |
| Ostdeutsche Bank | fr. | |
| Posener Spritactien. | 4 | 44,1[illegible] G |
| Petersb. Discontobank | 4 | 92,00 B |
| do. Intern. Bank | 4 | 91,00 G |
| Posen. Landwirthsch. | 4 | 65 bz |
| Posener Prov.-Bank | 4 | 102,80 G |
| Preuß. Bank-Anth. | 4½ | |
| do. Boden-Credit | 4 | 98,50 bz G |
| do. Centralboden. | 4 | 116,90 bz |
| do. Hyp. Spielh. | 4 | 124,25 bz G |
| Product.-Handelsbank | 4 | 79,75 G |
| Provinz.-Gewerbebk. | 4 | 41,50 G |
| Rittersch. Privatbank. | 4 | 126,80 G |
| Sächsische Bank | 4 | 111,25 B |
| do. Bankverein | fr | |
| do. Creditbank | 4 | 97,80 bz G |
| Schaaffhaus. Bankv. | 4 | 6 ,25 bz |
| Schles. Bankverein | 4 | 86,90 bz G |
| Schles. Vereinsbank | 4 | 92,90 bz G |
| Südd. Bodencredit | 4 | 110,50 G |
| Thüringische Bank | 4 | 69,50 G |
| Vereinsbank Quistorp | fr. | 1,10 G |

## Industrie-Aktien.

| | | |
|---|---|---|
| Brauerei Patzenhofer | 4 | 98,25 B |
| Dannenb. Kattun | 4 | 17,75 G |
| Deutsche Bauges. | 4 | 60 00 bz G |
| Deutsch. Eisenb.-Bau. | 4 | 8,50 bz B |
| Dtsch. Stahl- u. Eisen. | 4 | |
| Donnersmarckhütte | 4 | 19,75 G |
| Dortmunder Union | 4 | 4,40 G |
| Egell'sche Masch.-Act. | 4 | 14,25 bz G |
| Erdmannsd. Spinn. | 4 | 18,00 G |
| Flora f. Charlottenb. | 4 | |
| Frist u. Roßm. Nähm. | 4 | 33,00 B |
| Gelsenkirch.-Bergw. | 4 | 81,50 bz |
| Georg-Marienhütte | 4 | 58,00 bz B |
| Hibernia u. Shamr. | 4 | 28 50 bz G |
| Immobilien (Berl.) | 4 | 73,50 G |
| Kramsta, Leinen-F. | 4 | 63,90 bz |
| Lauchhammer | 4 | 23,00 G |
| Laurahütte | 4 | 65,75 bz |
| Luise-Tiefbau-Bergw. | 4 | 14,10 bz |
| Magdeburg. Bergw. | 4 | 104,00 G |
| do. Spritfabrik | 4 | 26,00 B |
| Marienhütte Bergw. | 4 | 68,25 B |
| Massener Bergwerk | 4 | 6,25 bz B |
| Menden u. Schw. B. | 4 | 48,50 G |
| Oberschles. Eis.-Bed. | 4 | 25,50 B |
| Ostend | 4 | |
| Phönix B.-A. Lit. A. | 4 | 33,80 bz |
| Phönix B. A. Lit. B. | 4 | 19,75 bz G |
| Redenhütte | 4 | 3 75 G |
| Rhein.-Nass. Bergwerk | 4 | 86,40 B |
| Rhein.-Westfäl. Ind. | 4 | |
| Stobwasser Lampen | 4 | [illegible]3,00 G |
| Union-Eisenwerk | 4 | 2,50 G |
| Unter den Linden | 4 | 19 10 G |
| Wälemann Bau-B. | fr | 51,00 G |
| Westend (Quistorp) | fr. | 2,10 G |
| Wissener Bergwerk | 4 | 12 50 G |
| Wöhlert Maschinen | 4 | 11,00 B |

## Eisenbahn-Stamm-Actien.

| | | |
|---|---|---|
| Aachen Mastricht | 4 | 21,50 bz G |
| Altona Kiel | 4 | 121,50 G |
| Bergisch-Märkische | 4 | 75 00 bz G |
| Berlin-Anhalt | 4 | 99,10 bz G |
| Berlin-Dresden | 5 | 20 80 bz |
| Berlin Görlitz | 4 | 18,00 bz G |
| Berlin-Hamburg | 4 | 168,00 bz |
| Berliner Nordbahn | fr. | |
| Brl. Potsd.-Magdeb. | 4 | 77 00 bz G |
| Berlin-Stettin | 4 | 117 90 bz B |
| Bresl.-Schw.-Freibg. | 4 | 67,50 bz B |
| Cöln-Minden | 4 | 94,80 bz |
| do. Litt. B. | 5 | |
| Halle-Sorau-Guben | 4 | 14,75 bz G |
| Hann.-Altenbeken | 4 | 14,10 bz G |
| do. II. Serie | 4 | |
| Märkisch-Posener | 4 | 19 60 bz G |
| Magd.-Halberstadt | 4 | 101,75 bz G |
| Magdeburg-Leipzig | 4 | |
| do. do. Litt. B. | 4 | |
| Münster-Hamm | 4 | 97,75 B |
| Niederschles.-Märkisch | 4 | 96,75 B |
| Nordhausen-Erfurt | 4 | 25,00 bz |
| Oberschl. Litt. A. u. C. | 3½ | 121,60 bz G |
| do. Litt. B. | 3½ | 116,10 bz |
| do. Litt. E. | 5 | |
| Ostpreuß. Südbahn | 4 | 24,75 bz G |
| Pomm. Centralbahn | fr. | |
| Rechte Oder-Uferbahn | 4 | 99,00 bz B |
| Rheinische | 4 | 105,00 bz |
| do. Litt. B. v. St. gar. | 4 | 92 25 bz |
| Rhein-Nahebahn | 4 | 11,00 bz G |
| Stargard-Posen | 4½ | 101,25 bz |
| Thüringische | 4 | 120,30 bz G |
| do. Litt. B. v. St. gar. | 4 | 90,90 bz |
| do. Litt. C. v. St. gar. | 4½ | 100,75 bz G |
| Weimar-Geraer | 4½ | 48,25 bz B |
| Albrechtsbahn | 5 | 16,80 bz G |
| Amsterdam-Rotterd. | 4 | 112,75 bz |
| Aussig-Teplitz | 4 | 118,00 bz G |
| Baltische | 3 | |
| Böhm. Westbahn | 5 | 69,60 G |
| Brest-Grajewo | 4 | 17,10 bz |
| Brest-Kiew | 4 | |
| Dux-Bodenbach | 4 | 4,80 bz |
| Elisabeth-Westbahn | 5 | 54 30 bz |
| Kaiser Franz Joseph | 5 | 48,90 bz |
| Galiz. (Karl Ludwig) | 5 | 86,75 bz |
| Gotthard-Bahn | 6 | 44,50 bz |
| Kaschau-Oderberg | 5 | 34,90 bz B |
| Ludwigsh.-Bexbach | 4 | 180,00 bz |
| Lüttich-Limburg | 4 | 17,00 bz |
| Mainz-Ludwigshafen | 4 | 91,10 bz |
| Oberhess. v. St. gar. | fr. | 78,50 bz G |
| Oestr.-frz. Staatsbahn | 4 | |
| do. Nordwestbahn | 5 | 185,00 G |
| do. Lit. B. | 5 | 57 50 bz |
| Reichenb. Pardubitz | 4½ | 44,50 bz G |
| Kronpr. Rudolfsbahn | 5 | 44 25 bz G |
| Rjask-Wyas | 5 | |
| Rumänier | 4 | 12,60 bz |
| Russische Staatsbahn | 5 | 106 60 bz G |
| Schweizer Unionbahn | 4 | 8,20 bz |
| Schweizer Westbahn | 4 | 21,75 G |
| Südösterr. (Lomb.) | 4 | |
| Turnau-Prag | 4 | 37,50 G |
| Vorarlberger | 5 | 37,75 bz B |
| Warschau-Wien | 4 | 179,00 G |

## Eisenbahn-Stammprioritäten

| | | |
|---|---|---|
| Altenburg-Zeitz | 5 | |
| Berlin-Dresden | 5 | 43,40 bz |
| Berlin-Görlitzer | 5 | 43,25 bz |
| Berliner Nordbahn | fr. | |
| Breslau-Warschau | 5 | 17,50 G |
| Chmn.-Aue-Adorf | fr. | 22,10 G |
| Crefeld-K. Kempen | 5 | |
| Gera-Plauen | 5 | 29,25 G |
| Halle Sorau-Guben | 5 | 37 25 bz |
| Hannover-Altenbek. | 5 | 32,90 bz |
| do. II. Serie | 5 | |
| Leipz.-Gaschw.-Mz. | 5 | |
| Märkisch-Posen | 5 | 71,20 bz G |
| Magdeb.-Halberst. B. | 3½ | 69,00 bz G |
| do. do C. | 5 | 95,00 bz G |
| Münster-Enschede | 5 | |
| Nordhausen-Erfurt | 5 | 35,40 bz G |
| Oberlausitzer | 5 | —,— bz |
| Ostpreuß. Südbahn | 5 | 74,60 bz G |
| Rechte Oderufer-Bahn | 5 | 107,00 bz B |
| Rheinische | 4 | |
| Rumänische | 8 | 56,00 bz B |
| Saalbahn | 5 | |
| Saal-Unstruthahn | 5 | 9,40 B |
| Tilsit-Insterburg | 5 | —,— G |
| Weimar-Geraer | 5 | 20,10 bz G |

## Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

| | | |
|---|---|---|
| Aach.-Mastricht | 4½ | 91,90 G |
| do. do. II. | 5 | 97,00 B |
| do. do. III. | 5 | 96,75 bz |
| Berg.-Märkische I. | 4½ | 100,00 G |
| do. II. | 4½ | 100,00 G |
| do. III. v. St. g. | 3½ | 84,80 G |
| do. do. Litt. B. | 3½ | 84,80 G |
| do. do. Litt. C | 3½ | 77,75 B |
| do. IV. | 4½ | 99,00 B |
| do. V. | 4½ | 98,75 bz G |
| do. VI. | 4½ | 98,75 bz G |
| do. VII. | 5 | 102,90 bz |
| Aachen-Düsseldorf I. | 4 | —,— G |
| do. do. II. | 4 | —,— G |
| do. do III. | 4½ | |
| do. Düss.-Elb.-Pr. | 4 | —,— G |
| do. do. II. | 4½ | |
| do. Dortmd.-Soest | 4 | —,— B |
| do. do. II. | 4½ | —,— G |
| do. Nordb. Fr. W. | 5 | 103,25 B |
| do. Ruhr-Cr.-K. | 4½ | —,— B |
| do. do. II. | 4 | —,— G |
| do. do. III. | 4½ | —,— G |
| Berlin-Anhalt | 4 | —,— G |
| do. | 4½ | 100,50 bz |
| do. Litt. B. | 4½ | —,— bz |
| Berlin-Görlitz | 5 | 101,75 G |
| do. do. Lit. B. | 4½ | 89,90 B |
| Berlin-Hamburg | 4 | 94 50 bz |
| do. do. II. | 4 | 94,50 bz |
| do. do. III. | 5 | 104,00 bz G |
| Berl.-Potsd.-M. A.B | 4 | —,— |
| do. do. C | 4 | 90 30, bz G |
| do. do. D. | 4½ | 97,00 bz G |
| do. do. E. | 4½ | —,— bz |
| Berlin-Stettin I. | 4½ | |
| do. do. II. | 4 | 94,30 bz |
| do. do. III. | 4 | 94,30 bz |
| do. IV. v. St. g. | 4½ | 102,75 G |
| do. VI. do. | 4 | 94,30 bz |
| do. VII. | 4½ | 98,75 G |
| Bresl.-Schw.-Freibrg. | 4½ | —,— B |
| do. do. Litt. G. | 4½ | 95,50 G |
| do. do. Litt. H | 4½ | 92,25 G |
| do. do. Litt. I. | 4½ | 92,25 B |
| Cöln-Minden IV | 4 | 93,50 G |
| do. do. V | 4 | —,— bz |
| do. do. VI. | 4½ | 98,80 bz B |
| Halle-Sorau-Guben | 5 | 101,60 G |
| do. do do. | 4½ | 101,60 G |
| Hannov.-Altenbek I. | 4½ | —,— G |
| do. do. II. | 4½ | —,— G |
| do. do. III | 4½ | 91,20 bz G |
| Märkisch-Posener | 5 | —,— G |
| Magdeb.-Halberstadt | 4½ | 99,— G |
| do. do. de 1865 | 4½ | 98,50 bz G |
| do. do. de 1873 | 4½ | 97,90 bz |
| do. Leipzig | 4½ | 100,30 G |
| do. do. | 4 | 86,60 bz |
| do. Wittenberge | 3 | 74,00 B |
| do. do. | 4½ | 98,50 B |
| Niederschles.-Märk. I | 4 | 97,00 G |
| do. II a 62½ thlr. | 4 | 95,50 B |
| do. Obl. I. u. II | 4 | 97,00 G |
| do. do. III. conv. | 4 | 95,50 B |
| Nordhausen-Erfurt I. | 5 | |
| Oberschlesische A. | 4 | |
| Oberschlesische B. | 3½ | |
| do. C. | 4 | |
| do. D. | 4 | 91,75 G |
| do. E. | 3½ | 85,25 G |
| do. F. | 4½ | —,— G |
| do. G. | 4½ | 98,50 bz |
| do. H. | 4½ | 101,60 B |
| do. v. 1869 | 5 | 102,80 bz G |
| do. v. 1873 | 4 | —,— G |
| Oberschles. v. 1874 | 4½ | 98,75 B |
| do. Brieg-Neisse | 4½ | 98,— G |
| do. Cos.-Oderb. | 4 | —,— G |
| do. do. | 5 | 103,20 bz G |
| do. Niedsch. Zwgb. | 3½ | —,— G |
| do. Starg. Pos. | 4 | 92,50 B |
| do. do. II. | 4½ | 99,25 G |
| do. do. III. | 4½ | 99,25 G |
| Ostpreuß. Südbahn | 5 | |
| do. Litt. B. | 5 | |
| do. Litt. C. | 5 | |
| Rechte-Oder-Ufer | 5 | 101,10 bz B |
| Rheinische | 4 | |
| do. v. St. gar. | 3½ | |
| do. von 1858, 60 | 4½ | 99,00 G |
| do. von 1862, 64 | 4½ | 99,00 bz G |
| do. v. 1865 | 4½ | 99,00 bz G |
| do. 1869, 71, 73 | 5 | 103,50 B |
| do. v. 1874 | 5 | 103,75 B |
| Rh.-Nahe. v. St. g. | 4½ | 101,75 bz G |
| do. II. do. | 4½ | 101,75 bz |
| Schlesw.-Holstein. | 4½ | 99,50 G |
| Thüringer I. | 4 | 96,25 G |
| do. II. | 4½ | |
| do. III. | 4 | 96,25 G |
| do. IV. | 4½ | |
| do. V. | 4½ | |

## Ausländische Prioritäten.

| | | |
|---|---|---|
| Elisabeth-Westbahn | 5 | 64,90 bz B |
| Gal. Karl-Ludwig. I. | 5 | 83,70 bz |
| do. do. II. | 5 | 80,50 bz |
| do. do. III. | 5 | 79,10 G |
| do. do. IV. | 5 | 78,25 G G |
| Lemberg-Czernow. I. | 5 | 62 60 bz |
| do. II. | 5 | 62,50 bz |
| do. III. | 5 | 55,25 G |
| do. IV. | 5 | 49,50 G |
| Mähr.-Schles. Ctrlb. | fr. | —,— |
| Mainz-Ludwigshafen | 5 | 104,50 B |
| do. do. | 4½ | 103,50 bz |
| Oesterr.-Franz. Stsb. | 3 | 315,00 bz |
| do. Ergänzungsn. | 3 | 295,70 bz |
| Oesterr.-Franz. Stsb. | 5 | 93,30 bz |
| do. II. Em | 5 | 93 25 bz G |
| Oesterr. Nordwestb. | 5 | 73 80 G |
| Oest. Nrdwstb. Litt. B. | 5 | 58,10 G |
| do. Goldpriorität. | 5 | |
| Kronpr. Rud.-Bahn | 5 | 61,60 bz |
| do. do. 1869 | 5 | 59,70 B G |
| do. do. 1872 | 5 | 59,10 bz |
| Rab-Graz Pr.-A. | 4 | 67,90 G |
| Reichenb.-Pardubitz. | 5 | 64,50 G |
| Südösterr. (Lomb.) | 3 | 236 25 bz G |
| do. do. neue | 3 | 236,75 bz |
| do. do. 1875 | 6 | |
| do. do. 1876 | 6 | |
| do. do. 1877 | 6 | |
| do. do. 1878 | 6 | |
| do. do. Oblig. | 5 | 76,75 bz G |
| Baltische, gar. | 5 | 80,00 G |
| Brest-Grajewo | 5 | 55,25 bz |
| Charkow-Asow. g. | 5 | 85,10 G |
| do. in Lstr. a 20.40 | 5 | 78,75 G |
| Charkow.-Krementsch. | 5 | 84,00 bz |
| Jelez-Orel, gar. | 6 | 86,20 G |
| Jelez-Woron., gar. | 5 | 85,50 bz G |
| Koslow.-Woron. | 5 | 90,50 bz |
| Koslow.-Woron. Obl. | 5 | 74,70 G |
| Kursk.-Chark. gar. | 5 | 85,75 bz |
| K.-Chark.-As. (Obl.) | 5 | 74,75 bz |
| Kursk.-Kiew, gar. | 5 | 89 80 bz G |
| Losowo-Sewast. | 5 | 74,00 bz |
| Mosco-Rjäsan, g. | 5 | 97,00 bz |
| Mosk.-Smolensk | 5 | 86,90 bz G |
| Schuja-Ivanowo | 5 | 85,50 G |
| Warschau-Teresp. | 5 | 87,00 B |
| do. kleine | 5 | 83,70 bz |
| Warschau-Wien II. | 5 | 95,10 B |
| do. III. | 5 | 90,40 B |
| do. IV. | 5 | 82,80 bz |
| Zarskoe-Selo | 5 | 76 50 G |

Druck und Verlag von W. Decker und Comp. (E. Röstel) in Posen.